

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Berset, «Tigris» und die Frauen

2

Vom Wesen der schweizerischen Souveränität

14

Inquisition oder Seelsorge?

21

Gandria TI

Bild: Daniel Muntwyler, Leibstadt AG



Ein tiefer Fall

Berset, «Tigris» und die Frauen

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Anti-Terror-Einheiten sind Spezialtruppen der Polizei. Die besten der Besten, durchtrainiert bis zur Perfektion, ausgerüstet mit modernsten Waffen, Fahrzeugen und modernster Technik. Die deutsche Anti-Terror-Einheit GSG9 etwa genießt einen legendären Ruf, ebenso die spanischen GEOS oder die französische RAID. Eingesetzt werden diese insbesondere für Geiselnbefreiungen, Bekämpfung von Islamisten-Terror, Geheimaktionen im Mittleren Osten und in Afrika.



In der Schweiz verfügen wir über eine ebenfalls schlagkräftige Einsatztruppe mit dem Namen Tigris. Diese ist der Bundespolizei Fedpol unterstellt und wird, wie ihre ausländischen Kollegen, bei besonders gefährlichen Bedrohungslagen im Zusammenhang mit Terrorismus und dem organisierten

Schwerstverbrechen eingesetzt. Fazit: Schutz und Integrität des Landes werden durch harte Kerle gewährleistet – oft in Actionfilmen gezeigt. Stopp! – Filmriss...

Terrorismus und organisiertes Verbrechen? Nicht ganz. Zum Pflichtenheft der Schweizer Anti-Terror-Sondereinsatztruppe Tigris gehört nun offenbar auch die Erstürmung mit anschliessender Hausdurchsuchung von mehr oder weniger romantischen Liebeshestern der Schweizer Hauptstadt. Sie wissen schon – die klassische Geschichte halt: Die in bescheidenen Verhältnissen lebende Künstlerin mit dem «grand homme de pouvoir», unser Pandemie-Minister eben. Ohne Kondom, denn er lechzte insbesondere nach ungeschütztem Verkehr, will die ungebremsste sexuelle Macht verspüren, ohne lästigen Gummi dazwischen. Ein Sexualtherapeut würde dieses Verhalten mit einer tiefen Abneigung gegen die Konkordanzdemokratie begründen. Im Bett, endlich, wilden Trieben nachgehend, ohne die lästigen anderen Sechs miteinbeziehen zu müssen. Cäsaren mögen keine Senatoren.

Nur die Macht zählt

Kein Cäsar, nur Gesundheitsminister. Egal, nur die Macht zählt. Das mit der Gesundheit für Helvetia ist Staffage, etwas, was im Beipackzettel steht, den man achtlos in den Kübel wirft und nie liest. Sexuelle Prävention und geschützter Verkehr sind für Teenies, sowieso. Wer sagt denn, dass ein Gesundheitsminister auch ein Vorbild in geschützten sexuellen Praktiken sein sollte?

Die «Weltwoche» zündet die Bombe, «Inside-Paradeplatz» doppelt nach. Der Rest der Schweizer Presselandschaft schweigt. Zu schwer lasten hunderte von Millionen Franken Subventionen zugunsten der Verlegervillen an

Isabel Villalon hat – wie sie uns schreibt – mit dem heutigen Leitartikel den «härtesten und schonungslosesten» Text für die Schweizerzeit geschrieben seit je. Sie bekundete Verständnis dafür, wenn er allenfalls bloss teilweise oder überhaupt nicht abgedruckt würde. Wir haben die von ihr angesprochenen Sachverhalte genau geprüft – und leiten daraus nicht die geringste Veranlassung ab, Zensur an den Ausführungen Isabel Villalons zu üben. Ihre im Artikel geäußerten Gedanken dürfen keinesfalls unterdrückt werden.

us

Schweizer Seen, Tennisplatz inklusive. Stunden vergehen, Telefondrähte glühen, ebenso die Köpfe von Spindoktoren und Kommunikationsberatern mit schweissstriefenden Achselhöhlen in Hugo Boss-Hemden zu je 280 Franken das Stück (Die Honorare zahlt der Steuerzahler). Eine plausible Erklärung muss her, Operation «Saving Private Ryan» – sofort.

Von Terroristen bedroht?

Am Abend dann die erlösende Geschichte aus der kommunikativen Märlistube zu Bern. Die Zeitung «Blick» fungiert als Sprachrohr: Man habe eben gedacht, dass die ehemalige Geliebte des Magistraten eine Terroristin wäre, denn Alain sei von Terroristen bedroht worden. Anrufe aus Deutschland. Die ehemalige Geliebte befand sich scheinbar auch das eine oder andere Mal in Deutschland. Wirklich? Wieso weiss man das? Wurde das Domizil der Dame nicht nur filmreif gestürmt, sondern wurde die junge Frau auch monatelang beschattet? In wessen Auftrag? Mit welcher Begründung? Die Frage nach den Kosten erübrigt sich, denn wir wissen, wer solches bezahlt.

Gerne hätte ich das Gesicht des Tigris-Kommandanten gesehen, als er den Befehl zur Erstürmung der Kleinstwohnung erhielt, Lagebesprechung vor dem Einsatz inklusive: «Männer, wir erstürmen heute die Wohnung an der Bümplizstrasse 37 in Bern-Belp, gefährliche Terroristen befinden sich im Objekt, die Sicherheit der Schweiz steht auf dem Spiel. Ihr sichert die Strassen ab, ihr seilt ab und schlagt die Balkontür ein. Du gibst Feuerschutz vom Hausdach gegenüber!» Erinnert irgendwie an das Eindringen ohne Kondom, brutales Machtspiel eines rücksichtslosen Draufgängers.

Was ich lieber nicht hätte sehen wollen, ist das Gesicht der jungen Ex-Geliebten an diesem Morgen. Klar hat sie dann alles unterschrieben, was die Anwälte des mächtigen Alain Berset ihr vorgelegt haben. Schweig, oder wir machen dich platt. Du hast gesehen, wozu wir fähig sind. Terrorismus und so.

Ein Krisenfall?

Mitten in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, oder so glaubten wir jedenfalls, befand sich also der Stab von Alain Berset in einer repressiven Aktion gegenüber einer ehemaligen Geliebten, einer Bürgerin dieses Landes, welche aufgrund des ungeschützten Verkehrs mit dem Magistraten scheinbar sogar abtreiben musste. Abtreiben finde ich persönlich eine sehr unschöne Sache, die psychischen Folgen für die werdende Mutter sind sicherlich gravierend. Doch warum tat dies die junge Frau? Geschah dies ohne Druck vom Magistraten, ganz freiwillig? Glaube ich persönlich nicht. Leider wurde die Frau juristisch zum Schweigen gebracht. Wir werden deshalb wohl nie den wahren Sachverhalt hinter dieser Abtreibung kennen.

Die Frau verband jedoch die Forderung von 100'000 Franken, welche von den Anwälten des Herrn Berset als Erpressung taxiert wurde, mit dieser Abtreibung. Und wenn es keine Erpressung war, sondern eine Entschädigung für erlebten psychischen und körperlichen

Politikum

Weil Christoph Mörgeli in seiner «Weltwoche»-Recherche zu den ausserehelichen Eskapaden Bundesrat Alain Bertschs auch dessen Verlangen nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr mit einer jungen Künstlerin erwähnt hat, meint die Sonntags-Zeitung moralisierend, mit diesem Blick «unter die Bettdecke» hätte Mörgeli eine «rote Linie» überschritten und die Privatsphäre Bertschs mit voyeuristischer Absicht aufs gröbste verletzt.

Unerwähnt in dieser Moralpredigt bleibt, dass Bundesrat Berset ausgerechnet jenem Departement vorsteht, das, seit Aids Realität ist, Millionen aus Steuergeldern dafür ausgegeben hat, alle «Seitenspringer» um der Volksgesundheit Willen zu stets geschütztem Verkehr umzuerziehen. Sich selbst, einem absolutistischen Fürsten gleich, nimmt er offensichtlich von dieser Pflicht den Mitmenschen gegenüber aus.

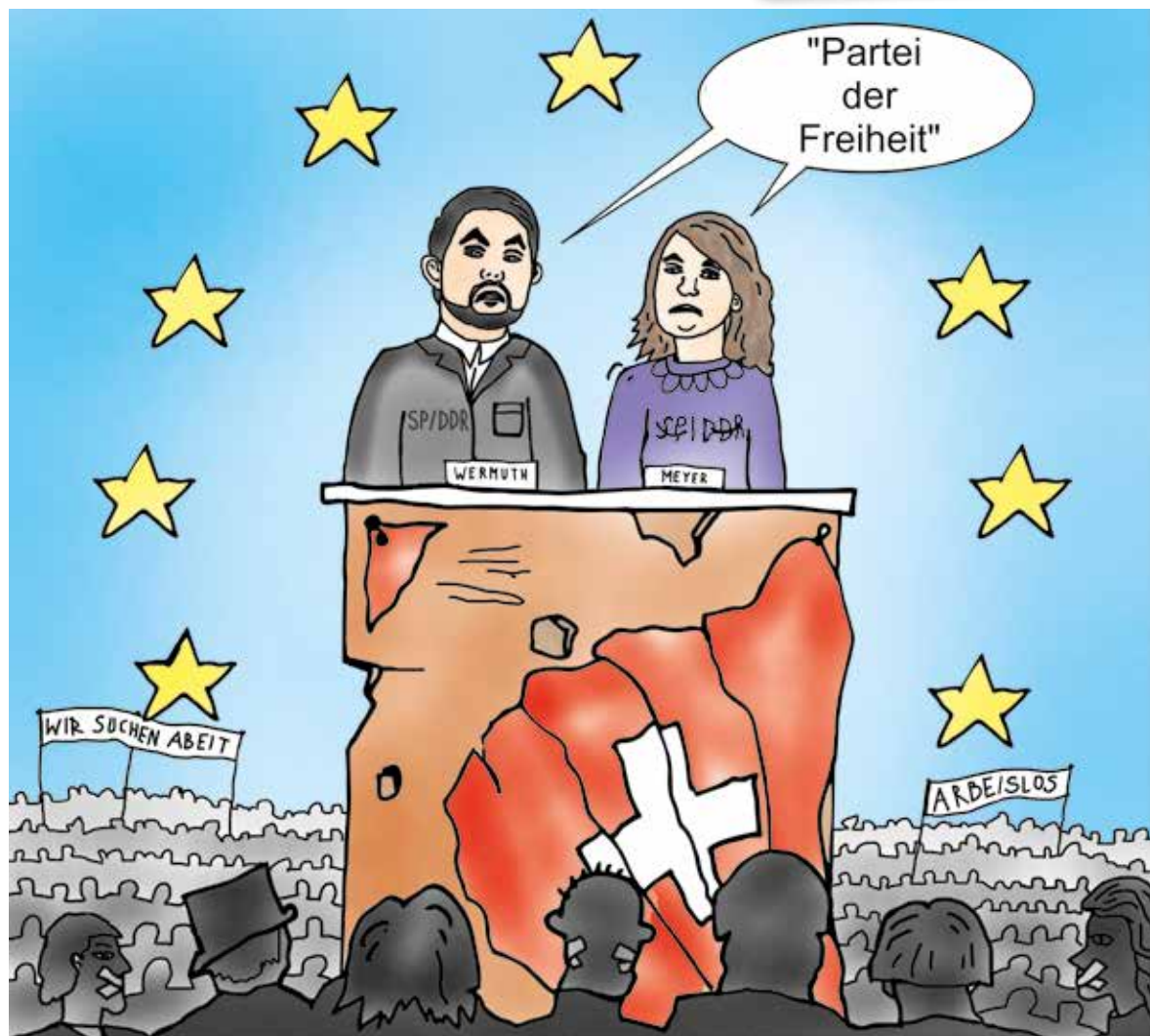
Angesichts seiner seit anderthalb Jahren anhaltenden, von Moral tiefenden Auftritte, die Bürgerinnen und Bürger auf allzu oft ziemlich willkürlich angeordnete Corona-Beschränkungen zu verpflichten, muss Privatsphäre offensichtlich erhalten als Tarnung selbstherrlichen Umgangs mit gepredigten Verpflichtungen. Sie wird damit zum Politikum.

us

Fortsetzung auf Seite 5

Sozi-Propaganda und Realität

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Schmerz durch die Abtreibung? Die Öffentlichkeit kennt nur eine Version der Geschichte. Die Version der Spin-Doktoren und Kommunikationsberater eines der reichsten Staaten der Welt. Ein gewaltiger Staat, inklusive Anti-Terror-Einheit mit den ganz harten Kerlen – gegen eine junge Frau, verletzt, sicherlich auch psychisch traumatisiert aufgrund einer Abtreibung.

Kein Einzelfall

Wäre Herr Bundesrat Berset ein Ausbund an Tugendhaftigkeit, so könnte ihm die Schweizer Öffentlichkeit in ihrer schieren Autoritätsgläubigkeit sogar die abstruse Geschichte mit den Terroristen abkaufen. Er ist es jedoch nicht. Eine Mitarbeiterin des Bundes, so die Informationen der «Weltwoche», hätte mit dem Magistraten ebenfalls eine aussereheliche Affäre gehabt. Bei dieser Affäre bestand der Magistrat ebenfalls auf ungeschützten sexuellen Verkehr: Macht spüren und das ganze sexuelle Psychospiel.

Eine zusätzliche Affäre mit einer Angestellten des Bundes, de facto eine Untergebene, ist auf jeden Fall keine private Angelegenheit mehr. Es geht hier um Gegebenheiten innerhalb eines mit Steuergeldern alimentierten Staatsapparates. Die Frau, eine Dame mit Dokortitel aus der südlichen Schweiz, soll dann wegbeordert worden sein. Wegbeordert von wem? Weshalb?

Ein tiefer Fall

In dieser ganzen Affäre zeigt sich, wie tief die Schweiz gefallen ist. Welche miserable Rolle die Schweizer Medienlandschaft spielt – von wegen vierter Gewalt. Wie hintertrieben der Machtapparat in Bern mittlerweile agiert, ohne jegliche Scham. Wie eine Anti-Terror-Einheit für die privaten, widerlichen Zwecke eines Machtmenschen eingesetzt wird – und wie (zwischen Corona-Ängsten und Zertifikatseinschränkungen) eingelullt und passiv das Volk reagiert.

Dulden das Schweizer Volk und seine Repräsentanten, das Parlament, solche üblen Machtspiele eines Regierenden weiterhin, so haben wir alle abgedankt. Deshalb Bundesrat Berset: Gehen Sie!

Isabel Villalon



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Chemnitz zwei



Ohne Zaun hätte es schlimmer geendet, mutmasst Berns «Sicherheitsdirektor» Reto Nause (seinerzeit Propagandist für «Duschen mit Doris») medienwirksam nach der Berner Demonstration gegen die mit Corona begründeten bundesbehördlichen Willkür-Massnahmen. Und sofort präsentiert Nause den Vergleich mit dem «Sturm aufs Capitol».

Tatsache ist: Das Bundeshaus blieb unbehelligt. Es entstand (ausser Rüttelspuren am Zaun) keinerlei Sachschaden. Dies ganz im Gegenteil zur regelmässigen Hinterlassenschaft von Berns «antifaschistischen Abendspaziergängen», bei denen die Gewaltchaoten – unter medialem Applaus behördlich geduldet – regelmässig reihenweise Schaufenster eingeschlagen und Auslagen geplündert haben. Die Rückzugsfestung der Antifa-Verwüster, die Reitschule, darf, so ordnen es Bern Stadtbere an, von der Polizei nicht betreten werden, womit die Antifa-Gewalttäter notorisch unbehelligt bleiben. Solche Gegensätze begründet Berns Stadtregierung mit «Verhältnismässigkeit».

Spalte
rechts

Interessant ist immerhin: Nause verplappert sich mit der Bemerkung, wonach «die beiden Lager schnell aufeinander losgingen». Es gab also zwei Lager. Hat also die medial nie kritisierte «Antifa» die gegen die Corona-Gängelung Demonstrierenden tätlich angegriffen? Medien und Stadtfunktionäre schweigen dazu – lieber Ueli Maurer anpflaumend, weil dieser Trychler sympathisch findet.

Was da abläuft, erinnert an Chemnitz: Dämonisiert werden diejenigen, denen man die demokratische Diskussion verweigert. Dort, in Chemnitz, schwadronierten Medien und überforderte Politiker von Hetzjagden auf Ausländer. Deutschlands oberster Sicherheitschef, Hans-Georg Maassen, entlarvte diese Anschuldigung als pure Erfindung, als Vorwand, jene zu diffamieren, welche die von Merkel beweihräucherte Masseneinwanderung kritisiert hatten.

Wird jetzt in der Schweiz ein gleichartiger Diffamierungsfeldzug gegen diejenigen entfesselt, die gegen die willkürliche Corona-Gängelei demonstrieren? Dieser Eindruck wird geweckt, wenn krawalllüsterne Medienleute, irgend eine idiotische Studie eines Möchtegern-Experten zitierend, verantwortungslos Öl ins Feuer giessen, indem sie Zertifikationspflicht bis 2026 in Aussicht stellen.

Wer derart zeuselt, der provoziert Gewaltausbrüche.

Ulrich Schliuer

FITNESS ISLAND

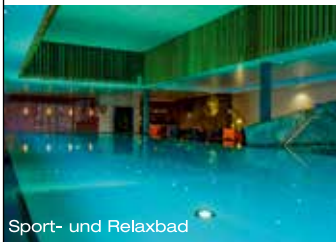
FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



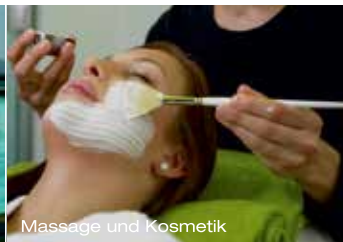
Schenken Sie Gesundheit und Wohlbefinden mit Fitness Island Gutscheinen!



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



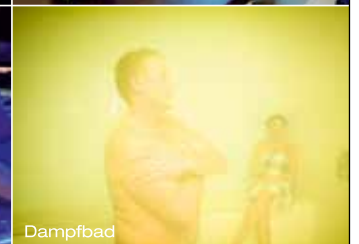
Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



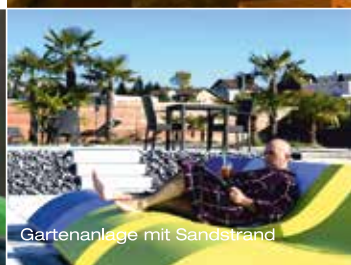
Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Was man tun müsste, und ...

... wie sie uns die Freiheit nahmen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wir erleben einen beispiellosen Verlust an Freiheit. Begründet wurde das mit vielen Lügen.



Am Anfang stand ein Bild, der «Sarg-Convoi» aus Bergamo, der angeblich eine fast unendliche Reihe an Militär-lastwagen zeigte, welche Leichen abtransportieren. Aus Angst vor dem im Frühjahr letzten Jahres noch «Killer-virus» genannten Erreger beschloss man die sofortige Einäscherung der an COVID Verstorbenen. Normalerweise wird in Italien aber nur die Hälfte aller Verstorbenen eingeäschert. Deshalb reichten die Kapazitäten des Krematoriums in Bergamo nicht aus, und die Leichen mussten in umliegende Orte transportiert werden. Die Anzahl der Verstorbenen war aber nicht höher als bei manchen Grippewellen in Italien.



Der «Sarg-Konvoi» in Bergamo

Die angeblich «tödliche Seuche»

Dann stellte sich heraus, dass die Toten im Schnitt 86 Jahre alt waren und schwere Vorerkrankungen hatten. Auch dass man zu wenig Beatmungsgeräte habe, stimmte nicht; man musste die eilends beschafften Geräte sogar zu Spottpreisen verramschen. Die drohende Überlastung des Gesundheitssystems fand – mit Ausnahmen – auch nicht statt. Vielmehr werden zusätzlich noch hunderte infizierte Menschen aus dem Ausland eingeflogen, davon eine zweistellige Zahl direkt in die Intensivstationen.

Der angebliche «Impfschutz»

Die Zahlen wurden und werden willkürlich zurechtgebogen, weil man sich nicht eingestehen will, dass die früheren Warnungen falsch waren – zum Beispiel, dass die Gefahr in Restaurants gross sei, obwohl bei der Öffnung die Zahlen sanken. Dass auch im Freien eine Ansteckung möglich ist, trifft zwar zu, das Risiko ist aber vernachlässigbar. Würden sich die Menschen impfen, hiess es, hätten sie nichts mehr zu befürchten, obwohl sie sich natürlich dennoch anstecken und sogar schwer erkranken können und weniger geschützt sind als Infizierte. Mittlerweile wird schon die dritte Dosis empfohlen.

Die angebliche «Rückkehr der Freiheit»

Die angebliche «Rückkehr der Freiheit»

Sobald alle impfwilligen erwachsenen Personen geimpft seien – so eine weitere Behauptung – würden die verbleibenden Massnahmen aufgehoben. «An dieser Strategie soll auch festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen den Erwartungen tief bleibt», schrieb der Bundesrat – um nur ein paar Wochen später und wegen eines kurzfristigen Anstiegs von Fällen von Balkan-Rückkehrern in einer beispiellosen Strafaktion sämtliche ungeimpften Menschen für fünf Monat von allen Bereichen des öffentlichen und sozialen Lebens auszuschliessen. In Spitälern werden nur noch getestete Personen behandelt, angeblich um das Gesundheitspersonal zu schützen. Geimpfte Personen, welche das Virus genauso gut verbreiten können wie alle andern, sind hingegen offenbar keine Gefahr für das Personal.

Was ist zu tun? Testen nur bei Symptomen, aber bei allen und in Kombination mit einer ärztlichen Begutachtung. Testen dort, wo vulnerable Gruppen sind. Rascher Einsatz von Medikamenten und alternativen Impfstoffen. Positive Kommunikation statt Angstmacherei und Zwang.

Hermann Lei

Kinder auf Bestellung?

NEIN zur Samenspende und Ehe für alle

ehesuisse-nein.ch

NEIN
Ehe für alle

Ehe für alle führt zu gesetzlicher Vaterlosigkeit.

Jetzt an die URNE
26. September abstimmen

NEIN!

Leserbriefe

Nein zur «Marktzutrittsprämie» an die EU

Die Deklaration der sogenannten Kohäsionsmilliarde als «Marktzutrittsprämie» zum EU-Binnenmarkt wäre weltweit einzigartig und ist entschieden abzulehnen. Kein Land auf der Welt zahlt eine Marktzutritts-Prämie, auch die EU nicht. Sie müsste ja sonst ebenfalls eine Zutrittsprämie zum Schweizer Binnenmarkt zahlen. Entscheidend für den gegenseitigen Marktzutritt sind die Freihandelsabkommen von 1972, die mit den «Bilateralen» nichts zu tun haben. Leider sind ausser der SVP alle anderen grossen Parteien bereits eingeknickt. Sie wollen die Kohäsionsmilliarde trotz weiterer Diskriminierung durch die EU freigeben und damit einmal mehr Schweizer Steuergelder verschleudern.

Alex Schneider, Küttigen AG

Steuerbelastung abbauen statt erhöhen!

Mit der Volksabstimmung an diesem Wochenende wollen die Juso angeblich nur die reichsten 1 Prozent massiv höher besteuern. Aus den folgenden Gründen ist das Ganze eine perfide Mogelpackung: Erstens behaupten die Initianten, Kapitaleinkommen würden «erst» ab 100'000 Franken mit einem Steuersatz von 150 Prozent belastet. Dass Hauseigentümer oder solche mit einer Familienfirma rasch über diese Schwelle kommen, wenn sie ihr Eigentum veräussern wollen oder müssen, unterschlagen die Initianten. Zweitens kennt die Schweiz als fast einziges Land eine Vermögenssteuer. Diese beträgt im Kanton LU momentan rund 0,35 Prozent pro Jahr. Das gleiche Vermögen wird aber jedes Jahr wieder besteuert; so beträgt die Fiskalbelastung nach fünfzig Jahren zwischen 15 und 20 Prozent. Die Erträge aus diesem Vermögen (Zinsen, Dividenden, Mieterträge) werden jedes Jahr auch noch besteuert. Fazit: Die neue «Reichensteuer» würde sich rasch als fiskalischer «Raubzug» auf den Mittelstand entpuppen, zumal die «Superreichen» ihren Standort rasch in aus-

Churz & Bündig

Denjenigen, die Biden verehren, nur weil sie Trump hassen, bereitet Bidens klägliches Versagen in Afghanistan erhebliche Bauchschmerzen. Sie lindern sie mit der Behauptung, Trump habe mit den von ihm mitgestalteten Friedensverträgen zwischen arabischen Staaten und Israel bloss bereits Bestehendes aufrechterhalten. Ganz so, als wäre Friedenserhaltung und Friedenstärkung im von Kriegen erschütterten Nahost keine Leistung. Wollen diese Kritiker Biden an Unfähigkeit etwa noch übertrumpfen?

*

Das kirchliche Hilfswerk «Fastenopfer» nennt sich neuerdings «Fastenaktion». Wenn schon die CVP ihre ursprüngliche Bindung an die katholische Kirche tarnt, will auch das ursprünglich katholische Hilfswerk seine christlichen Wurzeln tilgen.

us

ländische Steueroasen verlagern würden. Innovative KMU könnten sich hingegen kaum mehr finanzieren. Darum: Nein zur «99%-Initiative»!

Robert Furrer, Oberkirch LU

Küchlers Klartext beeindruckt

Der Klartext von alt Korpskommandant Simon Küchler über Afghanistan (SZ Nr. 17/2021) ist ein eindringlicher Weckruf. Sandalenträger und Kalaschnikovs besiegen die grösste Militärmacht USA/Nato. Es war George W. Bush, der in Afghanistan militärisch eingriff, um nach 9/11 den weltweiten Terror zu bekämpfen. 4'000 getötete GI, 200'000 zivile Opfer, 5,5 Millionen geflüchtete Zivilisten sowie 400 Milliarden Kosten sind der Preis. In Afghanistan sind bereits die Sowjetunion und England gescheitert. Militärische Stärke darf nie historische, kulturelle, politische Rahmenbedingungen vernachlässigen. Die USA erleben nach Vietnam einen weiteren Supergau. China und Russland treten in das entstandene Macht-Vakuum. Aufrüttelnd sind auch Küchlers Ausführungen zur Verletzung unserer Neutralität durch die Nato-Annäherung und die Auslandeuphorie. Unsere «Generäle» – es sind immer noch so viele wie seinerzeit in der Armee mit über 400'000 Wehrmännern – haben dann schönere Uniformen und Gradabzeichen, und sie können sich im internationalen Umfeld wichtiger fühlen als in der kleinen, unabhängigen Schweiz.

Roger E. Schärer, Stäfa ZH

Die «gelbe Gefahr»

Das Corona-Virus kommt nachweislich aus China, aus einem Labor. Der Professor, der es gemeldet hat, ist tot – an Corona gestorben. Komisch! China hat angeblich alles im Griff. Warum wird es nicht zur Rechenschaft gezogen? Warum baut China seine Seidenstrasse aus? Warum wird seine Armee immer grösser? China geht über Leichen. Offensichtlich zählt nur die Macht. Man will die Weltmacht Nr. 1 werden. Jetzt verbündet sich China auch noch mit den Taliban, aber nur so lange, bis Peking die Bodenschätze hat. Wir und der Rest der Welt sollen uns mit Corona und den Flüchtlingen beschäftigen. Man spricht nicht umsonst von der «gelben Gefahr».

Rolf Ritschel, Niederbüren SG

Für Homo-Ehe samt Kinderpaket?

Bei der aktuellen Abstimmung «Ehe für alle» geht es nicht um Rechte, sondern um die LGBTQ-Ideologie, die längst nichts mehr mit einer blossen sexuellen Neigung zu tun hat. Vielmehr wird sexueller Trieb wie ein Götze zelebriert. Die Sprache wird danach ausgerichtet, die Philosophie und sogar der christliche Glaube. Und jetzt greifen die LGBTQ-Promotoren auch noch nach den Kindern. Lesbische Frauen können sich in Zukunft die Kinder in medizinischer Maschinerie bestellen. Adoption wird vereinfacht, Kinder werden quasi zur Handelsware. Und dann wird unweigerlich die Forderung nach der Leihmutterchaft für schwule Männer folgen. Ich hoffe sehr, dass viele verantwortungsvolle Menschen, mit oder ohne homosexuelle Neigung, sich dem neuen Leviatan widersetzen und ein Nein in die Urne werfen.

Sébastien Gissler, Zofingen AG

Linke machen Städte zu Kriminalitäts-Hotspots



Die kürzlich veröffentlichte Halbjahres-Kriminalstatistik Basel-Stadt kennt, wie immer, nur eine Richtung – steil aufwärts. Besonders bei den Tötungsdelikten und den Vergewaltigungen ist der Anstieg mit jeweils plus vierzig Prozent krass. Die Gesamtkriminalität hat auf hohem Niveau um elf Prozent zugenommen. Das seit sieben

Jahren von einer linken Mehrheit regierte Basel hat seinen Platz als kriminellste Stadt der Schweiz locker verteidigt. Es gehört zum Automatismus städtischer Luxus-Linker, dass man solche Zahlen sogleich relativiert und keinerlei Anstrengungen für Verbesserungen unternimmt. Die Gratisabgabe von Tampons an Schulen oder Gender-Gaga ist ihnen wichtiger als die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Auch der abgewählte FDP-Sicherheitsdirektor hat mit seiner Laissez-faire-Haltung massgeblich dazu beigetragen, dass Basel der Kriminalitäts-Hotspot Nr. 1 der Schweiz ist.

Doch statt die Strafverfolgungsbehörden zu stärken und ihnen Unterstützung zu gewähren, werden ihre Massnahmen durch linke Parteien abgelehnt, oder die Unabhängigkeit

der Staatsanwaltschaft wird, wie im Ermittlungsfall gegen die Linksausser-Nationalrätin Arslan, in Frage gestellt. Diese Anti-Haltung zum Gewaltmonopol der Polizei ist in Basel bereits etabliert. Wenn die Polizei wegen Messerstechereien und Vergewaltigungen im Hafenaerial Videoüberwachungsmassnahmen ergreift, heulen nicht nur die linken Parteien auf, sondern auch FDP-Vertreter.

Wichtig wäre, dass sich in den Städten bürgerliche Politiker zusammenschliessen und gemeinsam den Sicherheitskräften den Rücken stärken. Es kann nicht angehen, dass unsere Bevölkerung sich abends kaum mehr aus dem Haus traut und Angst haben muss, auf dem Heimweg ausgeraubt, vergewaltigt oder abgestochen zu werden. Mehr Polizeipräsenz und weitere Massnahmen sind der Ausweg aus dieser Kriminalitätskrise. Hierzu müssen die Polizeikorps aufgestockt werden, es müssen Videoüberwachungsmassnahmen an Hotspots geprüft und Sanktionen verschärft werden. Aber dafür braucht es den Mut bürgerlicher Parteien, sich endlich vom Wohlfühl-Geschmuse mit der Linken zu verabschieden. Wetten, dass dann die Bürgerlichen auch in den Städten wieder Erfolg haben werden!

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Andrea Bösigger Paintings



Ägeristrasse 26, 6300 Zug
www.andreaboesiger.ch



Andrea Bösigger ist eine Zuger Künstlerin, welche sich auf photorealistische sowie abstrakte Gemälde spezialisiert hat. Ihre Werke fertigt sie bevorzugt mit Acrylfarben auf Leinwänden von unterschiedlichem Format an. Auch Ölgemälde und Bleistiftzeichnungen finden sich unter ihren zahlreichen Arbeiten. Andrea Bösiggers Werke sind als Originale, sowie als Prints zu erwerben. Für weitere Informationen besuchen Sie doch die Webseite www.andreaboesiger.ch



Die Bilanz eines Lebens

Suchender Denker und forschender Macher

Ein Schweizer, kürzlich neunzig Jahre alt geworden, der viel erlebt und viel gesehen hat, zieht Bilanz über sein Leben.



Peter Baumgartner, in Langenthal/BE lebend, war zeitlebens darauf bedacht, sein Leben nach aus eigenen Erfahrungen gewonnenen, an eigenen Überzeugungen orientierten Grundsätzen zu gestalten. In einem Buch, das eigentlich nur im Verwandten- und Freundeskreis dieses Denkers und Machers, beruflich war er Automob-

bil-Ingenieur, bekannt ist, hat er Bilanz gezogen – als «suchender Denker und forschender Macher».

Vorbild General Guisan

Er befasst sich in diesem Buch auch mit ihn prägenden Vorbildern, insbesondere mit General Henri Guisan, der in den schwierigen Weltkriegsjahren den Oberbefehl über die Schweizer Armee innehatte – und mit seinem Durchhalte- und Widerstandswillen der ganzen Schweiz zum Vorbild wurde.

Peter Baumgartner, 1940 noch Primarschüler, blieb ein ganzes Leben lang tief beeindruckt darüber, wie General Guisan 1940 in gefährvoller Zeit das gesamte höhere Offizierskorps der Schweizer Armee aufs Rütli zu seinem berühmt gewordenen Rapport befahl. Wie Guisan auf dem Rütli die militärischen Kommandanten auf die Verteidigung des Landes – auf die Verteidigung von Freiheit und Selbstbestimmung – eingeschworen hat, das wurde für Peter Baumgartner gleichsam zur Richtschnur fürs eigene Leben. Er erkannte ebenso rasch wie einprägsam, dass Guisans Bekenntnis zu Gott sein Handeln und seine Ausstrahlung auf Land und Volk wegweisend bestimmt hat. Im Buch erinnert Baumgartner auf sehr eigene Weise, wie Guisans Glaube den Schweizerinnen und Schweizern damals bekannt geworden ist:

«Besonders berührten ihn (also General Guisan, die Red.) die Erinnerungen des katholischen Geistlichen und zu seiner Zeit renommierten Volksschriftstellers Josef Konrad Scheuber (1905–1990), der Guisan als Feldprediger auf der Rückfahrt vom Rütli-Rapport nach Luzern begegnete und dies in einem Buch festhielt.

General Guisan: «Leiht Euer Ohr nicht denjenigen, die aus Unwissenheit oder böser Absicht defaitistische Nachrichten verbreiten und Zweifel säen! Glaubt nicht nur an unser gutes Recht, sondern auch an unsere Kraft, mit der wir, wenn jeder von eisernem Willen erfüllt ist, erfolgreich Widerstand leisten werden.»

Der General schwieg. Ich wagte nicht, ihn in seinem grossen Schweigen zu stören. Wir näherten uns Luzern. Von einer «Leuchtenstadt» war nichts zu sehen. Das Land lag im Dunkel.

«Herr General, versuchte ich nach einigen Minuten zu fragen, «Herr General, diese zwei Gedanken vom Rütli und Réduit ... entschuldigen Sie, sie kommen mir wie die Eingebung eines guten Schutzengels der Heimat vor.»

Noch eine kleine Weile schwieg der General. Dann wandte er sich zu mir. Im Wagenfenster sah ich die Silhouette seines Gesichts. Mit verhaltener Stimme sprach er: «Jetzt verrate ich Ihnen etwas – etwas, das ich noch keinem Menschen gesagt habe. Ich bin Protestant. Sie sind katholischer Feldprediger. Aber nicht, weil Sie Feldprediger sind, verrate ich Ihnen mein Geheimnis. – Sie wissen, ich stehe morgens sehr früh auf. Dann ist mein erster Gedanke: Was kann ich heute für unsere Heimat Gutes tun? Ich knie und bete mit zertanen Armen das Unser Vater. So taten es die alten Eidgenossen vor der Schlacht. So tue ich es jeden Tag. Etwas Besseres fiel mir nicht ein. – Und nun mein Befehl an Sie, Herr Hauptmann: Was ich Ihnen da verraten habe, das dürfen Sie keinem Menschen weitersagen, bis der Krieg vorüber ist!»

Ich war erschüttert. Und fand das richtige Wort nicht sogleich. Ich stellte mir den knienden General vor seinem allerhöchsten Kommandanten vor. Rütli, Réduit? Eine Eingebung von oben! Als er mich noch immer schweigend von der Seite ansah, fand ich die Stimme zurück: «Herr General, Ihr Befehl ist mir heilig!»

So habe ich an einem einzigen Tag jenen Mann und Menschen erlebt, dem die Schweiz unermesslich viel – vor allem das Wagnis des Selbstvertrauens und eines noch grösseren Gottvertrauens – zu verdanken hat.»

*

Diesen Buchausschnitt hat Peter Baumgartner als Erinnerung an die Begegnung von General Guisan mit Josef Konrad Scheuber mit einer von Paracelsus formulierten Weisheit ergänzt:

«Der Mensch kommt nur zu sich selbst, wenn er über sich hinausgeht, und der Mensch kommt nur über sich hinaus, indem er in sich eingeht.»

S.

Das Buch «Suchender Denker und forschender Macher» von Peter Baumgartner kann bezogen werden beim Schweizerzeit-Bücherdienst. Benutzen Sie dazu den Bestellschein auf Seite 27 der heutigen Ausgabe.



Die Juso-Initiative und der 3-Punkte-Plan



Das Urgestein der deutschen Nachkriegspolitik, Konrad Adenauer (1876–1967), ahnte die Bredouille wohl voraus, als er in bissigem Sarkasmus den Aphorismus prägte: «Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von uns haben wollen.» Blickt man

auf den schludrig formulierten Juso-Initiativtext in Bezug auf die staatlich-monetären Abläufe und die steuerlichen Zusammenhänge, ist man versucht, ihm zu glauben. Es stellt sich der Juso-Initiative, die an diesem Wochenende zur Abstimmung gelangt, bereits jetzt ein gewichtiges Argumentarium entgegen – mit Fakten statt Visionen. Was also peilen sie an, die wackeren Recken der Schweizer Juso?

Plan 1: Sie fordern neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen, indem bisher steuerfreie Kapitaleinkommen neu versteuert werden müssten.

Diese staatlich diktierte Umverteilung hätte zur Folge, dass künftig auch fiktive Einkommen versteuert werden müssten. Ins Wanken brächte solche Fehlpolitik ausgerechnet die stabilsten Säulen des Wirtschaftsgefüges: KMU, Firmengründer und Wohnungseigentümer – also quasi den ganzen Mittelstand.

Plan 2: Gemäss Juso-Denkmal zahlen neu die Reichen massiv mehr Steuern zu Nutz und Frommen des Volkes.

Oh heiliger Simplicissimus! Im Tiefflug kreist der «Konkord der Fehlkonklusion» als Beherrscher des Luftraums über dem Stammtisch und lässt ab und an mal ein Häufchen als Parole fallen. Solch simple Klassenkampf-Rhetorik mag zu Robin Hoods Zeiten Gültigkeit gehabt haben, heute ist sie passé. Käme dieser Juso-Plan zum Tragen, wären Wohneigentümer, Landwirtschaftsbetriebe, eigenständige Unternehmer und innovative Firmengründer die Opfer.

Plan 3: Verdoppelung der Steuerbelastung

Bei Annahme der Juso-Initiative verdoppelte sich für viele Unternehmen im Lande die Steuerbelastung, sie stiege je nach Kanton auf bis zu 65 Prozent des Einkommens.

Fazit: Gewähren wir zum Abschluss einem aktuellen Schweizer Spitzenpolitiker den Schlusssatz, befähigt, sich pointiert zum Schweizer Politgeschehen zu formulieren. SVP-Bundesrat Ueli Maurer meint in gewohnt präziser Klarheit: «Die Juso-Initiative ist unsorgfältig formuliert, und am Ende zahlt der Mittelstand den Preis!»

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Vins Précieux

H. J. Senn S.A.

CH-8703 ERLLENBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

seit 40 Jahren



Herausragende Weine

Exzellente
Grand Cru Champagner
zu vernünftigen Preisen

Auserlesene
rote und weisse
Burgunder Weine

Erstaunliche Weine
vom Kap der
Guten Hoffnung



schenk
Gesteuerte Horizontal-Bohrtechnik

Schenk AG Heldswil

Neubuch 5

9216 Heldswil

T +41 71 642 37 42

info@schenkag.com

www.schenkag.com

Mal ehrlich:

Wer will schon einen solchen Job?

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Im Juli 2006 hat der Souverän des Kantons Basel-Stadt einer neuen Verfassung zugestimmt, welche während fünf Jahren von einem 60-köpfigen Verfassungsrat entworfen worden war.



Vielleicht sollte man dieses «oeuvre» in der Rückblende nicht als grossen Wurf, sondern eher als Bastelarbeit bezeichnen. Und mit dem Inkrafttreten im Sommer 2006 wurde auch das neu geschaffene Präsidialdepartement aus der Taufe gehoben. Bis heute ist dieses Departement für weite Teile der Bevölkerung ein Ort von Pleiten, Pech und Pannen, wobei dies weitgehend auch mit den politisch Verantwortlichen zusammenhängt.

Der allererste Stapi war der Grüne Guy Morin, der als linkischer (selbstverständlich auch linker) Grüssaugust wahrgenommen wurde. Seine Nachfolgerin war die unbeholfene, meistens stotternde Grüne Elisabeth Ackermann. Und nun amtiert seit den letzten Wahlen der SP-Mann und Ex-Nationalrat Beat Jans.

Bis jetzt hat man wenig Substanzielles von ihm vernommen. Offenbar kümmert er sich in erster Linie um Genderfragen, um die Kultivierung des Klimahypes und neuerdings um die weitere Aufblähung der Fachabteilung «Gleichberechtigung von Frauen und Männern». Und diese Fachabteilung beschäftigt zurzeit acht Frauen und einen Mann. Diese neun Personen sind offensichtlich mit der Verteilung all der Gendersternchen restlos überfordert, so dass jetzt eine weitere 50-Prozent-Stelle zu einem Jahressalär von schlappen 83'000 Franken ausgeschrieben wurde. Dabei geht es auf einmal nicht mehr nur um Männlein und Weiblein, sondern um all die unzähligen Geschlechterausrichtungen, welche in- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung betreut und verhätschelt werden sollen – und somit um die Bewirtschaftung von LGBTI-Anliegen (LGBTI ist ein englisches Kürzel und steht für Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transsexuell/Transgender und Intersexuell).

Lukrativer Männer-Job

Ironischerweise hat die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates nicht nur die erneute Personalaufstockung moniert, sondern auch den Umstand, dass – Ironie des Schicksals – bei diesem Amt eine «weibliche Übervertretung» besteht. Also soll jetzt auf diesen lukrativen Job ein Mann gehievt werden, falls sich denn überhaupt jemand meldet. Gut, die Bezahlung könnte Grund genug sein, wobei man(n) sich schon fragen muss, ob ein solcher Job so etwas wie Befriedigung bringen kann. Wer will schon hunderte von Weisungen, Erlassen, Verordnungen und kantonalen Gesetze durchforsten – einzig und

allein mit dem Ziel, ob immer alle Geschlechter gemeint sind, ob sämtliche Gendersterne korrekt funkeln – und der schlussendlich wie ein Schiesshund darauf achtet, das generische Maskulinum kantonsweit auszumerzen. Dann sollten in der gesamten Verwaltung die Toiletten auf ihre Gendertauglichkeit geprüft werden, ob auf jeder Männertoilette neben dem Pissoir Hygienebeutel für die Entsorgung von Tampons angebracht sind und dass Räume zum Stillen von Säuglingen auch jenen Menschen angeboten werden, welche sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen.

Das Anforderungsprofil

Selbstverständlich muss dieser neue Mitarbeitende in jeder Kaffeepause lauthals über jede nicht links-grüne Politik vom Leder ziehen, immer mit dem Velo unterwegs sein und niemals seinen Allerwertesten in ein Auto setzen. Selbstredend runden eine strikte vegane Ernährungsweise, die Zustimmung zur uneingeschränkten Einwanderung, das Lobpreisen des Rahmenabkommens und die Huldigung der EU das Anforderungsprofil ab.

Gleichzeitig belegte der Kanton Basel-Stadt auch im ersten Halbjahr 2021 schweizweit erneut den Spitzenplatz bezüglich Kriminalität, während das besagte Präsidialdepartement in einer englisch verfassten Broschüre für Expats wörtlich schreibt: «Basle has a low crime rate and residents feel safe in their city». Zwischen der Geldverschwendung bei rot-grün huldigenden Verwaltungsstellen und im Gegensatz zu den Sparübungen bei der Polizei und Strafverfolgung besteht ein eklatantes Ungleichgewicht, welches sich bald rächen wird.

Markus Melzl

LACHEN VERBOTEN!



**Für manche Linke ist
einer schon rechtsradikal,
wenn er nur pünktlich
zur Arbeit kommt.**



Heiner Geissler 1930–2017, ehem. Bundesminister und Generalsekretär CDU

China bringt sich in Position

Afghanistan = Pashtunistan

von Roland Keller, Herausgeber der «Basler Liberalen Nachrichten». Erstabdruck daselbst in der Nr. 9/2021

Die Region vom Iran bis in den äussersten Westen Indiens ist in Bewegung. Die Paschtunen erreichten, was sie über fast 200 Jahre nicht schafften: Relative Einigkeit, um eine eigene Nation zu bilden.



Taliban ist nur das Synonym für Pashtunistan. Diese noch nicht ganz gebildete Nation ist zu allem entschlossen, hochmotiviert und schwerbewaffnet. Wenn sich alle auf einen Feind – den Westen – einigen, lässt sich durch den künstlich inszenierten Leidensdruck vieles erreichen.

Das Taliban-Fussvolk wird künstlich dumm gehalten und religiös indoktriniert. Wenn Gott mit dem Sieg auf sich warten lässt, kann man es ja als Strafe für begangene Sünden buchen und noch verbissener Aufopferungsübungen durchziehen.

Einigkeit in weiter Ferne

Widerstand regt sich. Nun beginnt der Streit mit den ethnischen Tadschiken. Im Pandschir-Tal sammelt der Sohn des Nationalhelden Ahmad Shah Massud seine Kämpfer gegen die Taliban. Im Exklusiv-Interview mit Bernard-Henri Lévy, sagte Ahmad Massud, Verhandlungen mit den Taliban seien «ein historischer Fehler des Westens».

Ahmad Massud hatte den «Westen» um Waffen gebeten. Diese wurden ihm verweigert! Das wird verständlich, wenn man die Bewaffnung der Taliban sieht. Die USA und Grossbritannien sind gar nicht daran interessiert, dass sich Massud zur Wehr setzen kann. Die Alliierten sind an einem starken, indirekt von ihnen kontrollierten diktatorisch regierten Staat interessiert.

Strategische Bodenschätze

Die USA und die Briten hatten seit 2016 mit Landlords, die auch teilweise den Taliban angehören, private Verträge über die Nutzung der Bodenschätze abgeschlossen. Dabei geht es vor allem um Lithium, den Stoff, dem Batterien ihre Dauerhaftigkeit und Langlebigkeit verdanken. Afghanistan besitzt eine der weltgrössten Reserven dieses begehrten Elements.

Die Chinesen kommen ...

Nun hat sich im Hintergrund schon längst ein starker Konkurrent eingeschlichen: China. Sie kauften bereits Kupferminen in der Provinz Lugar und reservierten sich weitere Rechte an Landwirtschaftsflächen. Auch hier ist der Konflikt vorprogrammiert.

China und Russland haben sich seit 2018 mit den verschiedenen Stämmen «angefreundet» und Angebote präsentiert, die nicht abgelehnt werden konnten. Damit sicherte sich China, bereits der grösste Besitzer «seltener Erden», seine Position.

Roland Keller

Churz & Bündig

Links-Grün plant zu Zürich die «soziale Durchmischung» der Schulklassen. Jede Klasse soll fortan gleichartig unter Verständigungsschwierigkeiten mit Ausländerkindern als Folge der Masseneinwanderung leiden. Es geht nicht um gleiche Chancen. Es geht um gleichmässige Verschlechterung der Bildungschancen in Staatsschulen.

Das verdanken wir Links-Grün.

us



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Das Büro Ha deckt auf!

Da fehlt doch die Logik und der Sinn. Spitalpersonal, das nicht geimpft ist, muss am Montag zum Test antreten. Das Resultat ist dann gültig bis am Freitag. Nicht aber, um am Donnerstag oder Freitag in einer Bar ein «Fyrabig-Bier» zu trinken ... Das Kantonsspital Baden ist rundherum eingezäunt. Zutritt nur über den Haupteingang. Ein Zutritt zur Cafeteria, um mit einem Patienten einen Kaffee zu trinken? Fehlanzeige. Der Bevölkerungsschutz macht eine «zackige» Zutrittskontrolle. Und das wäre noch zu erwähnen: Warum kommt der Kosovo immer noch nicht auf die Liste der Quarantäne-Länder? Weil sonst alle Swisscoy-Kontingente bei Einsatz-Rückkehr in Quarantäne müssten.

*

Die neusten Irrungen der Bundesverwaltung. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) «prüft» ein Verbot für Fleischwerbung. Dafür hat man Zeit, Geld und «verbeamtete» Fleischhasser. Die Schnitzel-Gegner haben das Gefühl, sie müssten alles den Deutschen nachhaffen. Diese sind bereits am Ausarbeiten eines Gesetzestextes. Wir müssen uns wehren, sonst werden auch wir bevormundet. Im wahrsten Sinne des Wortes. Also die staatliche Verpflegungs-Vorschrift, allenfalls mit Sättigungsbeilage (ex-DDR!). Dann wird noch etwas von gesunder Ernährung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit geschwafelt. Man stelle sich den Irrwitz vor: Die BLW-Schergen stellen Fleisch auf die gleiche Stufe wie Alkohol und Tabak! Dann dürften ja die «Erdäpfel» auch nicht beworben werden, weil man daraus Pommes und Schnaps machen kann! Wir bleiben dabei: Es gibt nichts Besseres (zu jeder Jahreszeit) als ein schönes Grillfleisch mit Bier, Wein und Schnaps. Und bald ist «Metzgete-Zeit». Halten Sie die Tradition aufrecht!

*

Mit dem «Corona-Notstand» haben die Regierungen der ganzen Welt den zukünftigen «Standard» von Gehorsam, Einschränkungen und Willkür eingeführt. Der deutsche Politologe Ulrich Mies sagte anlässlich einer Rede in Bochum: «Die Corona-Krise ist die perfekte Fortsetzung des Terrors mit anderen Mitteln.» Es geht um die Fortsetzung der Strategie der Angstproduktion zum Zwecke der Weltkontrolle. Die neuen «Herrschenden» setzen sich zusammen aus «Big Money», «Big Data», «Big Pharma» und «Big Tech». Die Regierungen sind die gehorsamen Ausführenden.

*

Notiz aus San Marino. Wer bis anhin glaubte, im wirtschaftsliberalen Land Schweiz zu leben, irrt gewaltig. Praktisch alles im Umfeld der Plandemie ist abgesprochen. So auch die Tatsache, dass der russische Vektor-Impfstoff «nicht zur Verfügung zu stehen hat». Zahlreiche Ärzte betrachten Sputnik V als einen der besten Impfstoffe auf dem Markt. Da San Marino von den italienischen Behörden schlicht vergessen wurde, haben die Behörden reagiert und umgehend den russischen Impfstoff erhalten und «verimpft». Beste Resultate. Die Medien schweigen.

Warum? Weil günstig, einfache Logistik, praktisch keine Nebenwirkungen, robuste Qualität eben.

*

Stromausfälle der letzten Zeit. Damit hier niemand bedrückt ist und alle in ihrer Sorglosigkeit weiterleben können, wird darüber in den Mainstream-Medien nicht berichtet. In Mailand (und anderen Städten Italiens) kam es in der Zeit vom 15.-19. Juni zu dauerhaften Stromausfällen, die teilweise ganze Bezirke bis zu zehn Stunden lahmlegten. Stromexperten machen nicht die Temperaturen verantwortlich für den Mehrbedarf, sondern die «Vergrünung» der Stadt. Mailand hat dank der «grünen Transformation» der EU(!) die höchste Dichte Europas an Elektroautos, -rollern, -fahrrädern und -bussen, die ständig nachgeladen werden müssen. Dieser Mehrbedarf kann mit dem bestehenden Strommix und dem Stromnetz in keiner Art und Weise gedeckt werden. Die Elektrifizierung ist also alles andere als «nachhaltig».

Tis Hagmann

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Politikerin, die sowohl über Legislativ- als auch Exekutivverfahren verfügt, stammt die folgende Aussage:

<ICH HABE VOR ALLEM GELERNT, WAS ES HEISST, WIRKLICH VERANTWORTUNG ZU TRAGEN. ALS NATIONALRÄTIN IST ES EINFACH, ALLES MÖGLICHE ZU FORDERN UND ZU KRITISIEREN, OHNE DIE AUSWIRKUNGEN IM EIGENEN ALLTAG MITTRAGEN ZU MÜSSEN. HIER HINGEGEN HAT JEDE HANDLUNG DIREKTE KONSEQUENZEN AUF FAMILIEN, ZUM TEIL SEHR TIEFGREIFENDE.>

Diese Aussage stammt von:

- A Heidi Zraggen, Ständerätin «Die Mitte», Kanton Uri
- B Jacqueline Fehr, Regierungsrätin SP, Kanton Zürich
- C Chantal Galladé, Kreisschulpräsidentin GLP, Winterthur
- D Elisabeth Zölch, ehem. Volkswirtschaftsdirektorin SVP, Kanton Bern

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 29. September 2021**, an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schluer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 19 vom 8. Oktober 2021.

Die Bürger als höchste politische Instanz

Die schweizerische Souveränität

von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Stäfa ZH, Referat (Auszug) an der Auns-Tagung vom 28.8.2021 in Bern

Das Wort «souverän» bezeichnet vorab die Eigenschaft, selber zu bestimmen, worüber ich selber entscheiden will. Dass wir das tun können, macht uns zu Souveränen. Ein Staat ist dann mehr oder weniger souverän, wenn er auf einem bestimmten Territorium die Hoheitsrechte ausübt. Das heutige Staats- und Völkerrecht versteht unter Souveränität die höchste selbständige, nicht abgeleitete Staatsgewalt. Verwandte Begriffe zu «souverän» sind unabhängig, eigenständig, autonom oder eigenverantwortlich.



Auch wenn das Wort noch unbekannt war, ist die Substanz der Souveränität schon angelegt im 730-jährigen Bundesbrief von Anfang August 1291. Der Zweck des Bundes der frühesten Eidgenossen bestand nämlich darin, angesichts der Arglist der Zeit einander Beistand und Schutz von Leib und Gut gegen Gewalt und Unrecht zu leisten. Und dann heisst es wörtlich:

«Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter annehmen sollen, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landsmann ist.» Mit andern Worten: Wir entscheiden selber über unser Geschick.

Städte des schweizerischen Mittellandes wie Luzern, Zürich, Bern, Solothurn, Freiburg, Basel oder Schaffhausen, die später gleichberechtigt zu den ländlichen eidgenössischen Orten stiessen, genossen eine gewisse Souveränität durch ihre Reichsunmittelbarkeit. Das heisst: Abgesehen vom römisch-deutschen Kaiser unterstanden sie keinem Fürsten – nur darum konnten sie überhaupt eidgenössisch werden. Die eidgenössischen Orte genossen Selbstverwaltung und konnten ihre Bürgermeister, Schultheissen, Landammänner und Ratsherren selber wählen.

Von der faktischen ...

Im 15. Jahrhundert wuchs der Gegensatz zwischen den Eidgenossen und dem Reich. Denn die Schweizer pflegten eine republikanische (nicht-monarchistische) Selbstregierung, was sie den aufstrebenden Fürsten und dem Adel im Reich entfremden musste. Der habsburgische Kaiser Maximilian I. wollte die Schweiz wieder enger ans Reich führen. Doch die Eidgenossen wollten nicht. Sie sagten das, was Bundesrat Ueli Maurer zuweilen auch sagt: «Kä Luscht!». Der für die Eidgenossen siegreiche Schwabenkrieg von 1499 führte zur faktischen Loslösung der Schweiz vom Reich.

... zur vollständigen Loslösung vom Reich

Wegen einem umstrittenen Urteil des Reichskammergerichts reiste der Basler Bürgermeister Johann Ru-

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) hat am 28. August 2021 in der Mehrzweckhalle Kaserne Bern eine Polittagung zum Thema «Souveränität» mit namhaften Referenten durchgeführt. Nach der Publikation der Ausführungen von alt Bundesrat Christoph Blocher und Thilo Sarrazin in der letzten SZ (Nr. 17/2021) publizieren wir nachstehend das Referat von Christoph Mörgeli; aus technischen Gründen erst in der nächsten SZ folgt dann das Referat von Frauke Petri.

dolf Wettstein 1647/48 nach dem Dreissigjährigen Krieg an die Westfälischen Friedensverhandlungen und forderte, «eine Lobliche Eidgenossenschaft bey ihrem freyen, souverainen Stand» zu belassen. Er erreichte schliesslich nach zähen Verhandlungen die vollständige Loslösung der Schweiz vom römisch-deutschen Reich und hielt fest:

«Es ist reichs- und weltkündig, dass die Eidgenossenschaft ein freier Stand ist, so nebst Gott einzig von sich selbst abhängt.»

Souveränität als «Ausübung des Allgemeinwillens»

Die Aufklärer, insbesondere Jean-Jacques Rousseau, sahen die Souveränität nicht mehr von Monarchen und Aristokratien ausgehend, sondern einzig und allein vom Volk. Rousseau war überzeugt, «dass Souveränität nichts anderes als die Ausübung des Allgemeinwillens ist». Jedes Gesetz, welches das Volk nicht selber beschlossen habe, sei nichtig.

Als Preussen, Österreich und Frankreich der Schweiz 1848 die Gründung eines Bundesstaates verbieten wollten, antwortete der spätere erste Bundespräsident Jonas Furrer: «Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren.» Sie sei selbstbestimmt und neutral. Wie sie ihre inneren Angelegenheiten regle – so Furrer wörtlich – «kann nicht Sache anderer Staaten sein».

Obwohl die Volkssouveränität hierzulande seit Jahrhunderten breit akzeptiert, ja selbstverständlich ist, hat keine Bundesverfassung sie schriftlich festgehalten. Dennoch hat sich die Idee der Volkssouveränität in der Ausprägung der direkten Demokratie auf den Stufen Bund, Kantone und Gemeinden als eine schweizerische Spezialität herausgebildet. Sie

bestimmt das politische Selbstverständnis unseres Landes und bildet einen weltweiten Sonderfall. Ein Schweizer kann in einem einzigen Jahr mehr abstimmen und wählen, als ein Deutscher, Franzose oder Engländer in seinem ganzen Leben.

Souveränität und Neutralität

Ihr souveräner Status ermöglichte der Schweiz, im Ersten Weltkrieg neutral zu bleiben. Sie verstand sich in diesem europäischen Weltenbrand als Friedensinsel und versuchte, ihr bevorzugtes Schicksal durch gute internationale Dienste und humanitäre Tätigkeiten wettzumachen.

Angesichts der Bedrohung durch den Nationalsozialismus und den Faschismus rettete die Souveränität gegenüber der übrigen Staatengemeinschaft das Überleben unseres Landes unter Aufrechterhaltung von Frieden, Rechtsstaat und Demokratie. Weil Hitler in den dreissiger Jahren Regierungschefs zu sich zitierte, um sie einzuschüchtern, erklärte Bundesrat Hermann Obrecht nach dem Anschluss von Österreich und der Auflösung der Tschechoslowakei im März 1939 in einer mutigen Souveränitätserklärung:

«Das Ausland muss es wissen: Wer uns ehrt und in Ruhe lässt, ist unser Freund. Wer dagegen unsere Unabhängigkeit und unsere politische Unversehrtheit angreifen sollte, dem wartet der Krieg! Wir Schweizer werden nicht zuerst ins Ausland wallfahrten gehen.»

Völkerrecht und Internationalisierung

1939 bis 1945 überstand die schweizerische Souveränität – nachdrücklich geschützt durch die Armee und die wirtschaftliche Landesversorgung – ihre grösste Gefährdung. Nach den Schrecken des Krieges setzten die Sieger vermehrt auf das Völkerrecht und die Internationalisierung. Im Zeitalter der Globalisierung müsse die staatliche Souveränität geteilt und gemeinsam wahrgenommen werden, hiess jetzt die Devise.

Die EU- und weltweit massgebenden politischen Massnahmen zielen heute auf die Schaffung von Grossräumen ab, welche die globalisierte Verflechtung fördern. Dabei werden nationale Institutionen und Praktiken wie die Souveränität, die das Globalisierungsziel behindern, rücksichtslos beseitigt. Wichtige politische Entscheidungsbefugnisse des Nationalstaates werden an internationale Organisationen übertragen wie die Uno, die OECD, den Weltklimarat, das GATT oder die Weltbank, ja selbst an NGOs.

Entnationalisierung bedeutet Entpolitisierung

Die grösste Gefahr sehe ich im Prozess der zunehmenden Verrechtlichung von Fragen, die bislang politisch entschieden wurden. Wie erleben neben der Entnationalisierung auch eine Entpolitisierung. Damit lassen sich unbequeme und störende, weil unabwägbare Ent-

scheide der jeweiligen nationalen Bevölkerung eindämmen und sogar ausschalten. Diese Verrechtlichung des Politischen besteht beispielsweise, indem die Gerichte – auch unsere schweizerischen Gerichte – alles und jedes zum unverhandelbaren Völker- und Menschenrecht erklären. Damit beseitigen sie die demokratische Willensäusserung des obersten Verfassungsorgans, nämlich des Volkes und damit des Souveräns.

Die Nichtumsetzung von Volksentscheiden in den letzten Jahren oder auch die ernsthafte, über Jahre erwogene Unterzeichnung eines EU-Rahmenvertrags durch den Bundesrat sollten uns Bürger in Alarmbereitschaft versetzen. Weder internationale Funktionäre noch Experten, weder Diplomaten noch Richter dürfen sich Souveränitätsrechte anmassen, die laut Gesetz und Verfassung uns Bürgern vorbehalten sind.

Die Bürger als Träger der Souveränität

Der souveräne Staat – so meinen gewisse Staatsanbeter – habe den Auftrag, den ständig fortschreitenden Wohlstand für alle sicherzustellen. Wir hingegen denken an eine möglichst durch private Verträge wettbewerblich organisierte Gemeinschaft, wobei jeder und jede Einzelne Träger der Souveränität ist. Nicht der Staat ist die letzte und höchste Instanz – es sind die Bürger.

Christoph Mörgeli



PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Lebenshilfe für Tiere



Tierkommunikation, Homöopathie, Bachblüten und natürliche Heilmethoden

ANGEBOT FÜR IHRE TIERE:

- Tierkommunikation
- Reiki Heilpendeln und Tierkinesiologie, dies alles ist geeignet zur Vorbeugung und um gesundheitliche Probleme körperlich/seelisch/geistige wie Schmerzen, Stress, Allergien, Futterunverträglichkeiten usw. ausfindig zu machen und zu harmonisieren
- Austesten von Bachblüten, Homöopathie, Futter usw. zur Vorsorge und für alle gesundheitlichen Probleme
- Pendeln, Orten vermisster Tiere
- Ferienplätze

KURSE:

- Pendelkurse (auf Anfrage)
- Körpersprache des Hundes erlernen und in der Erziehung anwenden (auf Anfrage)

KONTAKT:

Barbara Gyger | T 079 698 66 06 | barbaragyger@gmx.ch

Mehr Informationen und Referenzen sind auf der Webseite www.lebenshilfefuertiere.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Migrations-Tsunami

Die neue Migrationswelle rollt. Am Hindukusch braut sich ein Tsunami an Migrationswilligen zusammen. Die Asyl-Lobby sieht es mit Freuden und kaum verhohlenen Erwartungen; die Bundesregierung trifft nicht etwa Vorkehrungen zur Abwehr unerwünschter Einreisen, sondern sendet unverdrossen Willkommenssignale und organisiert auch noch den Transfer.

Kalkül

Die Schweiz gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern und hat eine der höchsten Ausländer-Quoten überhaupt. Wie kann man da fordern, wir sollen immer noch mehr Menschen aufnehmen, die sprachlich, kulturell, religiös und gesellschaftlich meilenweit von uns entfernt sind und zudem unsere Kriminalitätsstatistik belasten? Trotzdem wollen zum Beispiel Fabian Molina und Mattea Meyer aus der SP 10'000 Afghanen aufnehmen. Beide kommen bezeichnenderweise aus Städten. Die Stadt Bern unter dem grünen Stadtpräsidenten Alec von Graffenried will auch Afghanen aufnehmen, der Schweizer Städteverband ebenfalls. Balthasar Glättli, wohnhaft in der Stadt Zürich, wollte 2015 100'000 Syrer aufnehmen.

Sie fragen sich vielleicht: Warum um Himmels Willen wollen die Stadt-Rot-Grünen unbedingt möglichst viele Flüchtlinge? Ist es nur, weil sie so ein gutes Herz und so viel Mitgefühl mit anderen Menschen haben? Meinen sie wirklich, es gebe keine Probleme mit zum Teil hochgradig problematischen Asylsuchenden aus Afghanistan und Syrien, die fast sicher in der Sozialhilfe und einige davon in der Kriminalität landen?

Die Haltung der roten und grünen Linken ist berechnend. Sie wissen nämlich genau, dass der Nationalrat und die Kantonsparlamente nicht nach der Anzahl Schweizer Bürgerinnen und Bürger, sondern nach der Anzahl der Gesamtbevölkerung zusammengesetzt werden.

Die Linken in den Städten wissen ebenfalls, dass die Flüchtlinge rasch zu den vorläufig Aufgenommenen und dann zu den Einwohnern gezählt werden. Weil sie sich vor allem in den Städten niederlassen, ergibt das eine grössere Bevölkerung und damit mehr Parlamentsmandate und somit mehr politische Macht für die links dominierten Städte. Mit der Personenfreizügigkeit und mit einer möglichst grosszügigen Zuwanderungs- und Ausländerpolitik können sie die politische Mehrheit in der Schweiz zugunsten der Städte und zum Schaden von Agglo und Land umkehren.

(NR Thomas Matter, «In den Sümpfen von Bern», Episode 157, 08.09.2021)

Zugleich blüht auch auf den bekannten Routen über den Balkan und das Mittelmeer das Schlepper- und Schleuserwesen wieder auf. Illegale Einreisen und Asylanträge steigen bereits deutlich an. Der kurzzeitige Rückgang der Zahlen während der Corona-Krise im vergangenen Jahr war nur eine saisonale Delle. Auf dem Landweg über Weissrussland tut sich derweil ein weiterer Migrationskanal auf. Während die Frontstaaten an den EU-Aussengrenzen mit dem neuerlichen Ansturm ringen, übt sich das offizielle Berlin in passiver Ergebenheit. Nun sind sie halt gleich da.

(Michael Paulwitz, in «Junge Freiheit» 36/21, 03.09.2021) Schweden

Würzburg

Seine Vorgehensweise war systematisch. So ging er dann auf eine 82-jährige Rentnerin los. Danach zielte er auf ein junges Mädchen, dessen 24-jährige Mutter sich schützend dazwischenwarf. Diese drei Frauen starben. Bei der bestialischen Tat rief er «Allahu Akbar» (Gott ist gross) und stach seinen Opfern in Hals und Nacken. Als er das Kaufhaus verlassen hatte, steuerte er wieder auf Frauen zu. Sein nächstes Opfer wurde die 73-jährige Ingrid L., 13-mal stach er auf ihren Rücken ein.

Viele Medien sprachen davon, dass der Täter «wahllos» auf Menschen losgegangen sei. Doch es waren Frauen, auf die er es abgesehen hatte.

(Zara Riffler, in «Tichys Einblick» 08/21)

Willkür

Die CM – Critical Mass – wird in Zürich von der Regierung toleriert. Im Gegensatz zu den friedlichen Demos der Corona-Kritiker oder zum «Marsch fürs Läbe», deren Teilnehmer drangsaliert werden. Tausende von Velofahrern legen den Verkehr lahm und die Regierung gibt Gutachten in Auftrag, ob es sich um eine Demo oder «ein plötzliches Verkehrsaufkommen» handelt. Man trifft sich auch im «trauten» Kreis der Chaoten. Kann man so blöd sein? Die reine (ideologische) Willkür in Krawallistan.

(Tis Hagmann, Büro Ha 5040, 09.09.2021)



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Afghanistan

Vom Weckruf zum Desaster

Hamed Abdel-Samad (geb. 1972), profiliertes Kritiker des islamistischen Terrors, verbreitete am 11. September 2021 über Facebook die folgende Botschaft:

«9/11 war ein Weckruf, der weder von Muslimen noch vom Westen gehört wurde. Muslime hätten erkennen müssen, dass sie über Jahrhunderte in ihrer Mitte ein Monster der Gewalt grossgezogen und gefüttert haben. Der Westen hätte gegen den Islamismus wie damals gegen die Nazis kämpfen müssen: Erst militärisch vernichten, dann gegen Ideologie vorgehen.

Doch von Reflexion bei Muslimen war zunächst keine Spur. Und im Westen kam es nicht zur Entislamisierung, sondern zum Kuscheln mit dem Islamismus. Muslime verfielen nach den Anschlägen in Selbstmitleid und Apologetik. Ihnen war das Bild des Islam wichtiger als die Zukunft ihrer Länder und ihrer Kinder und das Leben der vielen Opfer. Und der Westen war zu naiv zu glauben, es gäbe einen moderaten Islamismus, den man dem radikalen Islamismus entgegensetzen könne.

Also, statt die Strukturen des Islamismus im Westen mit aller Vehemenz zu zerschlagen, schuf man neue Strukturen und neue islamistische Vereine, die nun sogar Partner der westlichen Staaten sind in Sachen Kampf gegen Islamismus und Rassismus. Politiker, die diesen Schritt gegangen sind, erinnerten mich an jene naiven westlichen Politiker von damals, die an einen moderaten Flügel in Hitlers Regime glaubten und auf Dialog setzten, bis Hitler die Tschechoslowakei verschlungen und Polen angegriffen hatte.

Das Ergebnis des Schweigens und der Apologetik der Muslime war, dass nach Al-Qaida und der Taliban nun der IS, Boko Haram, Abu Sayyaf, Jama'a Islamiyya, Dchi-had Islami, Chabab Miliz, Hamas, Muslimbruderschaft, Al-Huthi und hunderte andere islamistische Gruppierungen die Geschehnisse in der islamischen Welt bestimmt und die Länder in Elend und Bürgerkriege gestürzt haben.

Auch der Westen wurde mit einer beispiellosen Welle des Terrors überzogen. Das Sicherheitsgefühl der Bürger hat sich massiv verändert. Weihnachtsmärkte schauen aus wie Militärlager. Und die moderaten Islamisten, die man unterstützt hat, um die Integration von Muslimen zu fördern, sind Integrationsverhinderer und Radikalisierungsbeschleuniger geworden.

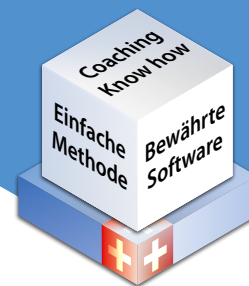
Zwanzig Jahre nach 9/11 sind die Taliban und der IS nach mehreren militärischen Niederlagen wieder da, weil man ihre Soldaten und ihre Waffenlager angriff, aber nicht die theologische Quelle des Hasses, die sie grossmachte. Man sitzt sogar mit ihren Brüdern im Geiste an einem Tisch und hofiert sie als Partner des Staates immer noch. Man will sogar die Taliban mit Geld unterstützen, damit sie gegen den IS in Afghanistan vorgehen können. Nun sind die Taliban die Moderaten, morgen vielleicht der IS selbst!

Zwanzig Jahre nach dem 11. September ist der Islamismus stärker denn je und Integration gescheitert denn je. Aber weder das Thema Islamismus noch das Thema Integration steht im Wahlkampf auf der Agenda der etablierten Parteien. Islamisten sitzen in westlichen Parlamenten, beraten Politiker und gelten als Kämpfer gegen Rassismus, während Islamkritik aus der Politik und zunehmend aus den Medien verschwindet. Salafisten laufen frei herum und predigen im Namen der Religionsfreiheit, während ihre Kritiker nur unter Polizeischutz auftreten können. Das woke Europa schläft weiter und diskutiert lieber über Gender*Sternenchen.

Ich habe lange vor dieser Entwicklung gewarnt, aber nur Wenige haben zugehört. Die meisten sind lieber woke als wachsam, und sie werden dafür irgendwann einen hohen Preis zahlen, denn die Krankheiten einer Gesellschaft werden nicht von alleine geheilt, und die Dummheit verjährt nicht!

S.

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch



Die Evangelisch-Reformierte Kirche Schweiz

Inquisition oder Seelsorge?

Schwer einschätzbare Vorgänge, Zweifel an durch oft willkürlich anmutende, Freiheit eingrenzende Anordnungen beunruhigen eine wachsende Zahl von Menschen. Offenbar die Leitung der Evangelischen Kirche aber gar nicht. Hätte nicht eine diffamierende Hetzjagd der heutigen Führungsriege auf den früheren Präsidenten der Evangelisch-Reformierten Kirche Schweiz Medienschlagzeilen ausgelöst, so hätte man meinen können, es gäbe diese Kirche gar nicht mehr. Dass die Familie derzeit selbst durch die staatliche Obrigkeit nachhaltiger Zersetzung ausgesetzt wird, veranlasst die derzeitige Leitung dieser Kirche zu devoter Windfahnenpolitik im Schlepptau der linken Werte-Zerstörer.

Ein Lichtblick wird immerhin sichtbar – im eindrücklich formulierten Brief der Ehegattin des ehemaligen, von der heutigen Kirchenleitung verstossenen Präsidenten der Evangelischen Kirche. Das menschlich wie christlich Eindruck hinterlassende Dokument im Wortlaut:

Ich bin die Ehefrau Ihres ehemaligen Präsidenten, Gottfried Locher. Ich schreibe Ihnen, um Ihnen meine Bestürzung über Ihr Vorgehen auszudrücken.

Sie haben einen kirchlichen Schauprozess gegen meinen Mann aufgeführt. Am Rechtsstaat vorbei haben Sie Ihre eigene Scheinjustiz installiert – ohne Strafanzeige, ohne Strafverfahren, ohne Rechtsmittel. Ihre Prozessvollstrecker waren Partei und machten keinen Hehl daraus.

Sie haben es von Beginn weg öffentlich gesagt, schon vor über einem Jahr im Schweizer Fernsehen. Sie waren gleichzeitig Kläger und Richter. Sie haben mehrere Anwälte bezahlt, um gegen meinen Mann vorzugehen. Sie waren nicht neutral, sondern Partei.

Ihr Gutachten ist ein Parteigutachten, gekauft bei einer weiteren Anwältin Ihrer Wahl. Ihre PR-Leute haben eine einseitige öffentliche Kampagne geführt. Für all das haben Sie Hunderttausende von Franken bewilligt. Für eine Verteidigung hingegen nicht einen Franken. So «neutral» waren Sie.

Das Kirchengesicht, das Sie hier simulieren, ist Ihre Erfindung. Wir leben in einem Rechtsstaat. Muss ich Sie daran erinnern? Niemand hat Klage eingereicht. Kein Gericht hat getagt. Mein Mann ist so unbescholten wie Sie hoffentlich auch. Er hat sich nichts zuschulden kommen lassen.

Dass Ihr Verein das nicht laut und deutlich sagt, ist unerträglich. Ausgerechnet die Reformierten veranstalten eine Inquisition wie im Mittelalter. Nicht einmal die Aufforderung zum anonymen Denunziantentum hat gefehlt.

Wozu diese Inquisition dient, spüren viele Menschen längst: Ihre «Kirche» will Gottfried Locher zum Schweigen

bringen. Er hat für die reformierte Stimme in der Schweiz und international mehr geleistet als die mediokren Kirchenoberen, die sich jetzt wohlfeil vom ihm distanzieren. Seine Ausstrahlung in Gesellschaft, Politik und Ökumene hat sie überragt. Das haben sie ihm nicht verziehen.

Ein Mann, dem man angebliche «Grenzverletzungen» vorwirft, hat keine Chance, fair behandelt zu werden. Der Begriff ist nicht justiziabel, man kann sich nicht dagegen wehren.

Nur wer selbst an der Seite eines solchen Mannes steht, weiss, was eine solche Diffamierung bedeutet, beruflich, sozial, persönlich. Für ihn als Mann. Für uns als Familie. Und für mich als Frau. Scheinheilig sprechen Sie vom Schutz vor Grenzverletzungen. Aber die Grenzverletzungen an meiner Familie kümmern Sie nicht.

Männern «Grenzverletzungen» anzuhängen ist zwar im aktuellen Klima wirkungsvoll, aber es ist unwürdig. Uns Frauen wird es auf Dauer mehr schaden als nützen. Denn es macht uns zu Opfern, die wir nicht sind. Erwachsene Frauen streiten besser auf Augenhöhe als unter der Gürtellinie.

Mit Mitleid schaue ich auf die frühere Mitarbeiterin, die zu dieser Intrige Hand bot. Eine Frau, die jahrelang um meinen Mann geworben hatte. Was sie an ihm bewunderte, blieb ihr unerreichbar. Nun hat sie sich für fremde Zwecke benutzen lassen.

Ich bin mit einem Mann verheiratet, der nicht fehlerfrei ist, aber authentisch. Das unterscheidet ihn wohltuend von den vielen heuchlerischen «Geistlichen». An seiner Seite zu stehen, ist ein Privileg, jetzt ganz besonders.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie tragen die Verantwortung für das, was geschehen ist. Ich kann darin nichts Christliches erkennen.

Mit freundlichen Grüssen
Barbara Locher



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.– mit Fr. 50.– Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MWST.+ Versand bar (10 P. = 10.–)

OCOTEX AG – 041 799 50 00



60 Jahre Schweizerpsalm



Die Entstehungsgeschichte des Schweizerpsalms dürfte nur wenigen Schweizern bekannt sein. Sie führt uns zurück in die Jahre vor der Gründung unseres Bundesstaates von 1848. Der Schweizerpsalm entstand nicht im Auftrag der Regierung, und es gab auch keine Expertenkommission. Das Wichtigste und Schönste wird selten vom Staat, sondern meist auf private Initiative von aktiven Leuten aus dem Volk geschaffen.

Gemeinschaftswerk

Der Text und die Melodie unserer aktuellen Nationalhymne sind das Gemeinschaftswerk zweier Männer, die unterschiedlicher nicht sein könnten – des Urner Paters und Klosterkapellmeisters Alberik Zwysig und des Reformierten Leonhard Widmer aus Zürich. Die beiden Männer teilten die grosse Freude an Gesang und Musik. Im Sommer 1841 liess Widmer seinem Musikfreund Zwysig den vaterländischen Liedtext zur Vertonung zukommen. Der so entstandene Schweizerpsalm wurde am 22. November 1841 im Patrizierhaus Hof St. Karl (Salesianum) zwischen Zug und Oberwil erstmals von Mitgliedern des damaligen Gesangsvereins Zug gesungen.

1961, also vor sechzig Jahren, erklärte der Bundesrat den Schweizerpsalm «Trittst im Morgenrot daher» zur neuen offiziellen Nationalhymne. 1981 wurde der Schweizerpsalm nach 40-jähriger «Probezeit» definitiv zur Nationalhymne erkoren. Positiv gewürdigt wurde damals vor allem, dass die neue Hymne im Gegensatz zur etwas martialischen alten Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland» keine Gewalt und keine Waffentaten, sondern die Liebe zu Gott, Heimat und Natur verherrlicht. Wir

besitzen damit eine Nationalhymne mit ausgeprägt sakralem, chorartigem Charakter, die sogar Aufnahme in die kirchlichen Gesangsbücher fand. Der Schweizerpsalm ist eine der ganz wenigen Nationalhymnen, die ihre Bürger zum Gebet auffordern. Dieses Privileg, sich zu versammeln, um für Schutz und Segen für Volk und Vaterland zu beten, ist einmalig. Ist es nicht Grund zur Freude, dass unser Land auch diesbezüglich von der Norm abweicht und einen Sonderfall darstellt?

Nationalhymne in unserer Zeit

Das gefällt nicht allen. So will die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), Verwalterin der Rütliwiese, die ihre eigenen ideologischen Ziele verfolgt, den Schweizerpsalm als Landeshymne abschaffen. Die SGG behauptet, dass an Bundesfeiern nur eine von zehn anwesenden Personen die erste Strophe der Nationalhymne auswendig singen könne. Im Gegensatz zur von der SGG propagierten Alternativhymne ist der Schweizerpsalm in der Bevölkerung jedoch bekannt und anerkannt. Daran haben weder der Missbrauch der Bundesfeier auf dem Rütli noch die 870'997 Franken an Spendengeldern für teure Lobbyarbeit etwas geändert.

Der Schweizerpsalm hat uns auch am vergangenen Eidgenössischen Bettag, sechzig Jahre nach seiner Einführung, zum Zusammenstehen, zur Versöhnung und zur Besinnung auf unsere gemeinsamen Werte und die freie, unabhängige Schweiz aufgerufen. Und er wird dies weiterhin tun.

Ernst Merz, Oberägeri ZG

Kontakt

*Sass ich da jüngst in einer Eisenbahn
Mit einem zarten Fräulein nebenan,
Mir war's, als müsst' ich mit ihr sprechen,
Das Schweigen langsam unterbrechen.
Also geschah's, und sie war froh,
Sind Sie etwa Frau soundso?*

*O ja, gewiss, Sie raten gar nicht schlecht,
Und unsre Zuneigung schien sichtlich echt.
So nahmen wir behutsam jenen Faden auf,
Wo jedem von uns ging ein Türlein auf.*

*Die Zeit war kurz, wir waren bald am Ort,
Doch klang in meinem Innern noch das Wort
Und hat aufs neue meine Seel' gepackt,
Das inhaltsreiche Wort: Kontakt.*

Bertha Moser

(aus dem Gedichtband «Underwägs im Wyland» der Bauerndorf-Dichterin Bertha Moser aus Marthalen ZH, erschienen im September 1983 im Gernsberg-Verlag Winterthur)

Wer macht KMU-Politik?



– die KMU-Partei lädt ein zur KMU-Tagung



Peter Uhlmann

Hochkarätige Referenten aus Wirtschaft und Politik:
NR Magdalena Martullo-Blocher (Keynote Speaker)

Peter und Dominik Uhlmann, Hans Gattlen, Rudi Bindella jr., Peter Gisler, Benjamin Fischer, Marcel Suter



Dominik Uhlmann

Datum/Zeit:

Samstag, 2. Oktober 2021, 09.00–12.15 h
anschliessend Apéro Riche



Hans Gattlen

Ort:

Optimo Group
Im Link 62, 8404 Winterthur

PP vorhanden



Rudi Bindella jr.

Moderation:

Wolfram Kuoni
Präsident Wirtschaftskommission SVP Kt. Zürich



Peter Gisler

Anmeldung:

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch
Telefon 044 217 77 66

oder einfach QR-Code einscannen



Magdalena Martullo-Blocher



Benjamin Fischer

THILO SARRAZIN

Die lieferbaren Werke



Thilo Sarrazin ist einer der profiliertesten politischen Köpfe Deutschlands. Seit 2010 schreibt er Bestseller um Bestseller. Sachlich nüchtern, aber glasklar kritisiert er die unbedachte Masseneinwanderung, die Deutschlands Regierung zulässt.

Sarrazin ist Ökonom. Als Finanzspezialist war er verantwortlich für die Durchführung der Deutschen Währungsunion nach dem Zusammenbruch der DDR. Von 2002 bis 2009 war er Finanzsenator (Finanzminister) in Berlin, danach Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.

Aufgrund seiner Kritik an der Regierungspolitik in Sachen Masseneinwanderung wurde er aus der SPD hinausgeworfen. Angela Merkel ging frontal gegen ihn vor – so dass er heute bei keinem grossen Verlag mehr unterkommt, obwohl seine Bücher millionenfach verkauft wurden.

Der LangenMüller-Verlag in München springt verdankenswert in die Lücke. Er produzierte Neuauflagen der bekannten Titel Sarrazins und veröffentlichte sein jüngstes Buch als Originalausgabe.



«Wir schaffen das»

Erläuterungen zum politischen Wunschenken: Thilo Sarrazin zeigt, dass jede Handlung, die vom Staat ausgeht, politischen Ursprung, politische Wirkungen, jeden Einzelnen treffende Konsequenzen zeitigt. Er beschreibt, wie die ganze Bevölkerung ausbaden muss, was die Klasse politique verkachelt. Ein brisantes Buch.

LangenMüller, München 2021, 179 S., geb.
Richtpreis Fr. 26.90
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 24.20



Deutschland schafft sich ab

Dieses Buch, die Auswirkungen unüberlegter Migrationspolitik ebenso nüchtern wie klar schildernd, verhalf Thilo Sarrazin in ganz Europa zu grosser Bekanntheit. Sarrazin begründet glasklar, weshalb Staaten, die sich der Masseneinwanderung ergeben, zum Scheitern verurteilt sind.

Sein Buch brachte die Politiker zur Weissglut – weil es Wahrheiten präsentiert, welche die Klasse politique notorisch nicht wahrhaben will.

LangenMüller, München, 2021 (2010), 469 Seiten, brosch.,
Richtpreis Fr. 24.50
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 22.05



Der neue Tugendterror



Mit plakativ vorgetragener Moral wollen die Regierenden verhindern, dass auch über Masseneinwanderung, über Islamisierung, über die Zunahme von Gewalt und Kriminalität offen und an der Wahrheit orientiert diskutiert werden darf. Wer nicht «rechtgläubig» ist, wie es ihm von den Regierenden verordnet wird, verfällt der Diffamierung.

LangenMüller, München, 2021 (2010), 398 S., brosch.,
Richtpreis Fr. 24.50
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 22.05

Der Staat an seinen Grenzen



In diesem Buch entlarvt Sarrazin jene Beteuerungen der Verantwortlichen für die Masseneinwanderung, wonach ihre Politik «alternativlos» sei. Er zeigt, dass Masseneinwanderung niemals unvermeidlich ist, aber die Schwäche der sich als kaum handlungsfähig erweisenden Classe politique schonungslos offenlegt. Masseneinwanderung nützt allein den Einwanderern – nie den von der Masseneinwanderung betroffenen Ländern. Und schon gar nicht den Steuerzahlern.

LangenMüller, München, 2020, 480 S., geb.
Richtpreis Fr. 34.90
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: 31.40

Bestellschein

Die Werke von Thilo Sarrazin

- Wir schaffen das à Fr. 24.20
- Deutschland schafft sich ab à Fr. 22.05
- Der neue Tugend-Terror à Fr. 22.05
- Der Staat an seinen Grenzen à Fr. 31.40

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 23)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Ende 2002 umfasst die Auns bereits über 41'000 Mitglieder. Wir sind definitiv zur stärksten überparteilichen Bewegung geworden – zur **Volksbewegung** für eine unabhängige und neutrale Schweiz. Der Kampf gegen den EWR/EU-Beitritt, gegen den Beitritt zur politischen Uno und die erpresste Stiftung (aus den überschüssigen Goldreserven), gegen den Asylmissbrauch, für eine taugliche Milizarmee und gegen Schweizer Soldaten im Ausland hat uns einen grossen Zuwachs gebracht.

Auch im Wahljahr 2003 haben wir ein gewaltiges Mass an Arbeit zu leisten. Bundespräsident Pascal Couchepin ist «überzeugt», dass die Schweiz der EU beitreten muss, und zwar «in kleinen Schritten» (Swissinfo, 21.1.2003). Der Bundesrat, bzw. dessen Mehrheit, will den EU-Beitritt in der Legislatur 2003/2007 vorantreiben und vollziehen – trotz gegenteiliger Volksentscheide und im Widerspruch zur Bundesverfassung.

Die «kleinen Schritte» sind damals die «Bilateralen II», wo es in erster Linie um Schengen/Dublin und um das Bankkundengeheimnis geht. Mit diesen Vorstufen zum EU-Beitritt will der Bundesrat «Beitrittschürden» abbauen.

- Mit dem Schengen-Abkommen würden die Kontrollen an der Grenze und damit letztlich die Grenzen aufgehoben. Dies nach dem Schengen-Evangelium «**Die Binnen Grenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden**». Und wir müssten alle «Weiterentwicklungen» des Schengenrechts automatisch übernehmen.
- Mit «Dublin» würde die Asyl-, Visa- und Ausländerpolitik mit der EU weitgehend gleichgeschaltet; wir hätten auch hier nichts mehr zu sagen.



- Zudem würde unser Bankkundengeheimnis aufgeweicht und schliesslich preisgegeben.

Ich nehme hier das «Resultat» vorweg: Leider sind in der Folge all diese Voraussagen eingetreten. Und mit dem (dank den bürgerlichen Bundesräten) gestoppten Rahmenvertrag wäre unser Land durch die Unterstellung unter EU-Recht und EU-Richter vollends in die EU getrieben worden.

Damals schon verlangen wir den sofortigen Rückzug des EU-Beitritts gesuchs (was inzwischen dank Auns-Präsident Lukas Reimann gelungen ist). Denn der Bundesrat muss seine widersprüchliche, doppelte Aussenpolitik (bilaterale Verhandlungen und zugleich EU-Beitritt) endlich stoppen.

Die Auns fordert eine **neue Uno-Abstimmung**: Volk und Stände haben dem Beitritt zur politischen Uno am 3. März 2002 bekanntlich knapp zugestimmt, nachdem der Bundesrat im Vorfeld gebetsmühlenartig versprochen hatte, unsere Neutralität werde «nicht tangiert sondern sogar gestärkt».

Die Bilanz sieht jedoch im Frühjahr 2003, also nach nur einem Jahr Mitgliedschaft, völlig anders aus: Die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität hat durch den chaotischen aussenpolitischen Aktivismus in «Bundesbern» stark gelitten: Vor allem im Zusammenhang mit dem Irakkrieg ergreifen Mitglieder des Bundesrates einzeln oder gesamthaft immer wieder Partei. Zuerst kündigt Bundesrätin Calmy-Rey marktschreierisch die «Konferenz der letzten Chance» an, die dann jämmerlich scheitert. Dann erlässt der Bundesrat ein Einreiseverbot gegen Saddam Hussein. Darauf gibt die Landesregierung bekannt, die Schweiz stelle sich hinter die Mehrheit des Sicherheitsrates. (Hätte also die Mehrheit des Sicherheitsrates beschlossen, der Krieg gegen den Irak sei zu führen, wären wir auf Seiten der USA und Englands gewesen, aber gegen Frankreich und Russland – und umgekehrt!) Und mit der naiven Ankündigung, die Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea demonstrativ überschreiten zu wollen (was sie dann mit roten Turnschuhen auch tut), gibt Frau Calmy-Rey unsere Aussen- und Neutralitätspolitik vollends der Lächerlichkeit preis.

Weil unsere integrale (umfassende) Neutralität mit der Uno-Mitgliedschaft nicht vereinbar ist und weil der Beitrittsentscheid auf falschen Voraussetzungen beruht, verlange ich zusammen mit weiteren SVP- bzw. Auns-Parlamentariern mit einer Motion, dass Volk und Stände nochmals über die Uno-Mitgliedschaft abstimmen können. Wortlaut der Motion vom 20. März 2003: **Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten mit dem Ziel, dass Volk und Stände baldmöglichst über den Austritt aus der Uno befinden können.**

Dieser Vorstoss hat dann allerdings im Ratsplenum keine Chance. Man will eben dabei sein auf den grossen Politbühnen der Welt – und neuerdings sogar in den Sicherheitsrat. Denn die Grössenwahnsinnigen und die Anpasser übersehen eine unumstössliche Tatsache:

Wenn der Kleine im Strom mitschwimmt und alles gleich macht wie die Grossen, ist er nur noch klein.

*



Im Hinblick auf die Zürcher Regierungswahlen vom 6. April 2003 tritt die SVP des Kantons Zürich mit drei Kandidaturen an – mit den bisherigen Rita Fuhrer und Christian Huber – und zusätzlich mit Kantonsrat **Hans Rutschmann** aus Rafz (natürlich allesamt auch Auns-Mitglieder!) Grund: Die bürgerliche Zusammenarbeit mit der FDP und der CVP ist «suboptimal» geworden (wie es «Edelfreisinnige» sagen würden). Die

damals miserable Finanzlage des Kantons Zürich – gekennzeichnet durch eine gewaltige Ausgabensteigerung trotz hoher Verschuldung – wird von den beiden Parteien, die sich immer noch als «bürgerlich» bezeichnen, schön-geredet, und die dringlichen Massnahmen der SVP werden nicht unterstützt – oder die Unterstützung wird scheinheilig auf später «in Aussicht» gestellt. Der Staat wird immer mehr aufgebläht, der Sozialismus, unterstützt durch die

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 90.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Man made

Uns predigen doch die Propheten, dass alle Übel des Planeten – verständlich selbst für uns als Laien – ganz ohne Zweifel «man made» seien.

Und Wissenschaft und Forschung nun empfehlen dies und das zu tun, damit das Leben auf der Erde auch weiterhin ermöglicht werde.

Doch schaute man sich irgendwann die Wachstumszahl der Menschheit an, dann würde klar: Es ändert nimmer; mit jedem «man» wird alles schlimmer.

Wasserträger aus FDP und CVP, breitet sich schleichend aus. Die SVP-Delegierten verstehen den zusätzlichen Sitzanspruch mit Hans Rutschmann nicht als Absage an eine weitere Zusammenarbeit mit der FDP und der CVP, wohl aber als Wink mit dem Zaunpfahl, sie sollten doch wieder auf den Weg der Tugend zurückkehren.

Und Hans Rutschmann ist der geradezu ideale Kandidat: 11 Jahre Gemeindepräsident, 20 Jahre Kantonsrat, Kantonsratspräsident, Fraktionspräsident, 6 Jahre Präsident der Raumplanungskommission, Regimentskommandant, erfolgreicher Architekt, Inhaber eines eigenen Architekturbüros mit 20 Mitarbeitern. Was will man mehr?!

Am 6. April 2003 werden Rita Fuhrer und Christian Huber glanzvoll im Amt bestätigt. Gewählt sind auch Markus Notter (SP), Verena Diener (Grüne, ab 2004 Grünliberale), Regine Aeppli (SP), Dorothee Fierz und Ruedi Jeker (beide FDP). Auch Hans Rutschmann schafft das absolute Mehr problemlos, fällt aber als überzählig aus dem Rennen. Dennoch ist das Ganze für Rutschmann letztlich positiv: Er wird im Herbst 2003 in den Nationalrat gewählt und profiliert sich in Bern fortan als versierter KMU-Politiker.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Samstag, 2. Oktober 2021, 09.00 – 12.15 Uhr

Wer macht KMU-Politik?

Referate: NR Magdalena Martullo-Blocher, Peter und Dominik Uhlmann, Hans Gattlen, Rudi Bindella jr., Peter Gisler, KR Benjamin Fischer u. Marcel Suter;
Moderation: Wolfram Kuoni
Optimo Group, Im Link 62, 8404 Winterthur, PP vorhanden
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch, Tel. 044 217 77 66

Büchertisch

BESTSELLER



Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

Daniel Regli

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.50



Der deutsche Untertan

Vom Verlust des eigenen Denkens

Josef Kraus

Unverständlich, wie sich Deutschland von der Machtmanagerin Angela Merkel aufs Abstellgleis uferloser finanzieller Belastung und gleichzeitig weitgehender Aushöhlung freier Meinungsäusserung lenken liess. Ein die Krise unserer Zeit erhellendes, wichtiges Buch.

LangenMüller, München 2021, 351 S., geb., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

Dr. C.E. Nyder

Was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» betreibt: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

SCHWEIZ



Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz

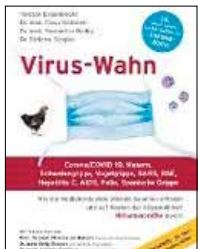
Geschichte der freiheitlich-demokratischen Wirtschaftsverfassung der Schweiz

Werner Wüthrich

Eine umfassende, sehr sorgfältig gestaltete Studie über die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Schweiz, beginnend mit der Vorgeschichte zur Schaffung des Bundesstaats 1848. Umfassend ausgestaltet, eigenständig und überzeugend kommentiert.

Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2020, 397 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.40

AKTUELL



Virus-Wahn

Corona/Covid-19, Masern, Schweinegrippe, ...

Torsten Engelbrecht, Dr. med. Claus Köhlein, Dr. med. Samantha Bailey, Dr. Stefano Scoglio

Dieser bereits in zehnter Auflage erscheinende Bestseller analysiert eine als Seuchen-Politik etikettierte Strategie: Mittels Verbreitung von Angst soll die weitestgehende Lenkung selbst freiheitlicher Staaten durchgesetzt werden.

Emu Verlag 2021, 2'519 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25



Suchender Denker und forschender Macher

Das 90-jährige Leben des Peter Baumgartner

Esther Hürlimann

Das auf Seite zehn der heutigen Schweizerzeit ausführlich gewürdigte Buch: Die Biographie eines eigenständigen Schweizlers, dessen vielfältiges Wirken ihm weitherum grosse Achtung eingetragen hat.

Läderach, Bern 2020, 137 S., geb., (Richtpreis Fr. 25.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 20.–

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Magellan

Stefan Zweig

Stefan Zweig gehört zu den faszinierendsten Biographen der Weltliteratur. Seine Darstellung von Leben und Leistungen Magellans, dem als erstem die Umrundung des Erdballs gelungen ist, gehört zu den Spitzenwerken der biographischen Literatur. Stefan Zweig schildert einen Entdecker mit einzigartiger Fähigkeit und Ausstrahlung – der allerdings die Krönung für das von ihm Geleistete nicht erfahren konnte, weil er nach der Umsegelung des Erdballs kurz vor dem Ziel den von ihm entwickelten Wagemut mit seinem Leben bezahlen musste. Aber Magellans Leistung veränderte die Welt. Und Stefan Zweigs Biographie dieser ausserordentlichen Persönlichkeit hat ihrerseits Weltgeschichte geprägt.

GAV, ungekürzte Fassung, eine MP3-CD, Hördauer 530 Min., (Richtpreis Fr. 14.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.05

Hörbücher: Bereichernde Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Die Lüge der Klimakatastrophe

Manipulierte Angst als Mittel zur Macht

Hartmut Bachmann

Die erste Auflage dieses Bestsellers erschien 2012. Derzeit ist die siebte, markant aktualisierte und erweiterte Auflage lieferbar: Das Buch zeigt, wie bewusste Angsteinflössung bezüglich einer uns angeblich drohenden, unmittelbar bevorstehenden Klimakatastrophe dazu nutzt, eine grundlegende Machtverschiebung zugunsten von Links-Grün herbeizuführen.

Wer diese von den Medien bereit unterstützte Politikampagne unterbinden will, kommt an diesem ausgezeichneten, Pauschalbehauptungen Punkt um Punkt widerlegenden Buch nicht vorbei.

us

Frieling, Berlin 2020 (2012), 287 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.25

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben **à Fr. 13.50**
 Dr. C.E. Nyder – Great Reset **à Fr. 29.25**

Aktuell

- T. Engelbrecht ... – Virus-Wahn **à Fr. 29.25**
 Josef Kraus – Der deutsche Untertan **à Fr. 29.25**

Schweiz

- Werner Wüthrich – Wirtschaft und direkte ... **à Fr. 32.40**
 Esther Hürlimann – Suchender Denker ... **à Fr. 20.—**

Hörbuch

- Stefan Zweig – Magellan **à Fr. 13.05**

Buchzeichen

- Hartmut Bachmann – Die Lüge der Klima... **à Fr. 29.25**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(18/24.09.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 24. September 2021

Magazin

Ehe für Alle – Kindswohl bedroht?

Anian Liebrand diskutiert mit verschiedenen Gästen

Freitag, 1. Oktober 2021

Magazin

Familie, Freiheit, Demokratie

Ulrich Schlüer im Interview mit
Giuseppe Gracia, Publizist und Buchautor



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

8. Oktober 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFIGHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann,
Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzi,
Charly Pichler, Thorsten Polleitt, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Die falschen Sündenböcke

Es brodelt im Schweizerlande. Fragte man sich in der Vergangenheit oft mit Besorgnis, ob sich die Nachfahren Wilhelm Tells politisch eigentlich alles gefallen lassen, nehmen in den letzten Monaten Menschen an Demos teil, die das vor Corona nie für möglich gehalten hätten. Als der Bundesrat Mitte September die Zertifikatspflicht verkündete, mobilisierten sich in Kürze weit über 10'000 Personen zur grossen Spontan-Demo auf dem Bundesplatz in Bern. Die Bilder dieser Menschenmassen beeindruckten.

Doch es bleibt nicht beim einmaligen Aufbäumen. Ob in Luzern, Chur oder Winterthur – Woche für Woche marschieren sie, die «Corona-Skeptiker» und «Massnahmen-Gegner», wie sie von den Medien etikettiert werden. Es war dabei nur eine Frage der Zeit, bis es in einer solch jungen, wachsenden Bewegung zu Misstönen kommt. Wenn unterschiedlichste Menschen zusammenfinden, viel Wut im Spiel ist und die Ziele nicht immer einheitlich sind, kann es leider passieren, dass die Organisatoren nicht in jeder einzelnen Situation Herr der Lage bleiben. Neue Bewegungen ziehen immer auch Trittbrettfahrer, Karrieristen und «Agents Provocateurs» an – eine Konstante, die sich durch die ganze Menschheitsgeschichte zieht. Zweifellos ist es unschön, dass an der jüngsten Protest-Demo der «Freiheits-Trychler» einige Personen am Absperrgitter gerüttelt haben, das vor dem Bundes-

haus postiert wurde. Es ist extrem schade, dass Feuerwerkskörper gezündet wurden und sich an diese und andere Anti-Corona-Demos auch einige Gewaltbereite und Krawallmacher verirrt. Daraus aber einen «Sturm auf das Bundeshaus» und Vergleiche mit der Capitol-Stürmung in den USA zu fabrizieren, wie dies der Medien-Mainstream empörend tat, ist lächerlich. Wer giesst hier Öl ins Feuer?

Viel plausibler erklären die «Freiheits-Trychler» die eskalierte Situation. Ihr Sicherheitsdienst sei an besagter Demo – ohne Polizeischutz – von den Linksextremisten der Antifa angegriffen worden, weswegen man zu geschwächt und nicht mehr in der Lage war, die Provokateure zu stoppen.

Die bittere Ironie: Die Antifa, selbst ernannte «Systemgegner», bekämpft Bürger, die sich gegen einen immer übergriffigeren Staat zur Wehr setzen. Sie, die gewaltbereite linksextreme Szene, ist die grösste Bedrohung für die öffentliche Sicherheit – in Winterthur warfen Vermummte beispielsweise Flaschen und Pyros mitten in eine Menschenmenge. Aber wir müssen uns anhören, dass angeblich Bürger, welche einfach nur noch genug haben von Freiheitseinschränkungen und lückenhafter Corona-Narrative, die Gesellschaft spalten würden ...

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt** 